

TOP 1.1

Gremium	Termin	Status
Stadtrat	14.12.2020	öffentlich

Vorlage der Verwaltung

Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden und Aussprache

Vorlage Nr.: 20202660

Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2021/2022 des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Ludwigshafen, David Guthier

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin Steinruck,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach intensiven Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen und zuletzt vor zwei Wochen im Hauptausschuss, stehen heute die abschließenden Beratungen und Beschlüsse zum Doppelhaushalt für die kommenden beiden Jahre im Fokus.

Ich glaube dabei ist **uns allen** klar: Wir beraten den Haushalt heute **nicht im gewohnten Rahmen**. Wir ringen heute **nicht im gewohnten Rahmen**, um die besten Lösungen für unsere Heimatstadt Ludwigshafen, sondern **pandemiegerecht erstmals in einer hybriden Stadtratssitzung**. Und ich möchte festhalten: Ich bin davon überzeugt, dass das der richtige Weg ist, um einerseits verantwortungsvoll mit der extrem angespannten Infektionslage umzugehen und andererseits die Handlungsfähigkeit von **uns allen**, unserem Stadtrat und damit **unserer kommunalen Demokratie** deutlich zu machen.

Mein besonderer Gruß geht deshalb an alle Kolleginnen und Kollegen, die heute digital zugeschaltet sind.

Mit Blick auf die Zahlen des heute vorliegenden Haushaltsentwurfs wird einmal mehr deutlich, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit Ludwigshafens ohne eine **grundlegende Reform der Kommunalfinanzen** und ohne zusätzliche Unterstützung von Bund und Land stark bedroht ist: Die immens hohen Jahresfehlbeträge im Haushaltsjahr 2021 von gut 90 Mio. Euro und im Jahr 2022 von gut 120 Mio. Euro, sowie die Finanzmittelfehlbeiträge von über 135 Mio. Euro in 2021 und von über 150 Mio. Euro in 2022 machen dies deutlich.

Hauptverantwortlich dafür ist das bekannte **strukturelle Gesamtdefizit im Bereich der Sozialen Sicherung**. Für beide Jahre zusammengerechnet reden wir hier über ein negatives Saldo von rund 360 Mio. Euro.

Oder anders ausgedrückt: Nur rund 50 Prozent der Ausgaben der Sozialen Sicherung werden durch Erträge gedeckt.

Erschwerend kommen die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie hinzu, die uns in Ludwigshafen besonders hart treffen: Das Gewerbesteueraufkommen, eine unserer Haupteinnahmequelle, wird im Jahr 2020 deutschlandweit um ca. 25% zurückgehen und auch in den kommenden beiden Jahren voraussichtlich nicht das Vor-Pandemie-Niveau erreichen.

Das alles macht deutlich: **Wir brauchen erstens eine konsequente Neustrukturierung hin zu einer an den tatsächlichen Bedarfen orientierten kommunalen Finanzausstattung. Und zweitens brauchen wir dringend eine Lösung für die Alt-schuldenproblematik.** Beides ist nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Land und Stadt zu schaffen.

Ich bedauere sehr, dass der Vorschlag von Finanzminister Olaf Scholz zur Entschuldung hoch verschuldeter Städte in der Koalition nicht mehrheitsfähig war.

Trotz oder auch besonders angesichts dieser Zahlen gilt für die SPD-Stadtratsfraktion: **Wir sind nicht bereit, Ludwigshafen kaputtsparen!**

Dies gilt insbesondere für den freiwilligen Bereich: Es war richtig, Vereine, Kultur, Sport, Sozialverbände und damit verbunden auch das Ehrenamt mit dem Beschluss zum letzten Doppelhaushalt zu stärken. **Dieses Engagement bildet das unverzichtbare Fundament unserer Stadtgesellschaft und mit der SPD wird es hier keine Kürzungen geben, liebe Kolleginnen und Kollegen!** Deshalb bin ich über die diesbezügliche Einigkeit im letzten Hauptausschuss froh.

Daneben bekennen wir uns zu einer starken **kommunalen Daseinsfürsorge**. Wir stehen zum Erhalt unserer städtischen Tochtergesellschaften. Wie wichtig eine starke kommunale Daseinsfürsorge ist, sehen wir aktuell eindrucksvoll im Gesundheitsbereich.

Mit Blick darauf, dass wir uns im Vorfeld fraktionsübergreifend verständigt haben, die Haushaltsreden der Situation angepasst kurz zu halten, möchte ich für die SPD-Stadtratsfraktion daneben nur auf einige wenige Schwerpunkte eingehen:

Zunächst ist das der **Bereich Sicherheit und Ordnung**. Nur wer sich hier sicher fühlt, wird sich auch wohlfühlen. Das A und O dafür ist eine gute personelle Ausstattung von Ordnungsamt und Polizei. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass mit dem vorliegenden Stellenplan zu den derzeit 40 Planstellen beim **kommunalen Vollzugsdienst** acht weitere hinzukommen und damit ein klarer Schwerpunkt gesetzt wird! Klar muss sein: Die Erreichbarkeit des Ordnungsamtes muss 7 Tage die Wo-

che, 24 Stunden am Tag sichergestellt sein und dafür braucht es entsprechendes Personal.

Besonders wichtig ist uns aber auch eine Stärkung der Präventionsarbeit. Hier konnten mit der Einrichtung des Hauses des Jugendrechts und der guten Arbeit des Rats für Kriminalitätsverhütung Strukturen geschaffen und etabliert werden, die wir weiter ausbauen und stärken wollen. Deshalb haben wir im Hauptausschuss eine Erhöhung der Mittel für Projekte des Krimirats beantragt. Damit können im Rahmen der Kriminalprävention wichtige Projekte, wie die Fortführung der Radikalisierungsprävention, das Streitschlichterprogramm, sowie Demokratie leben fortgesetzt werden.

Daneben setzen wir als SPD-Stadtratsfraktion mit der im Hauptausschuss beschlossenen Einrichtung einer **Projektgruppe "Problemimmobilien"** einen wichtigen Schwerpunkt, der jetzt auch im Rahmen der Änderungsliste im Haushalt abgebildet ist. Unter prekären Wohnverhältnissen und ordnungswidriger Gebäudenutzung leidet nicht nur die Lebensqualität und Sicherheit von Anwohnerinnen und Anwohner im Umfeld entsprechender Immobilien. Auch die Bewohnerinnen und Bewohner selbst leiden vielfach unter unhygienischen und maroden Wohnverhältnissen. Dem gilt es mit allen rechtlich zur Verfügung stehenden Instrumenten zu begegnen! Dafür ist eine entsprechende "Task Force" mit zusätzlichem Personal notwendig.

Im **Sozialhaushalt** ist uns wichtig, die Drogenhilfe und die Unterstützung für alkoholabhängige Menschen zu stärken. Deswegen haben wir im Sozialausschuss eine Erhöhung der Mittel und Personalstellen beantragt. Dies sowohl für aufsuchende Arbeit als auch für Räumlichkeiten, in denen alkoholranke Menschen einen Schutzraum finden. Konzeptionell wollen wir den Personenkreis dabei stärken, Wege aus der Sucht zu finden.

Daneben begrüßen wir ausdrücklich, dass die **Neukonzeption der Einweisungsgebiete** vorangetrieben wird. Dies gilt sowohl für das Sozialkonzept, als auch für die notwendigen baulichen Ertüchtigungen! Das gilt es mit Nachdruck weiterzuverfolgen. Wir dürfen die betroffenen Menschen nicht im Stich lassen!

Im **investiven Bereich** des Haushaltes sind richtigerweise zwei Schwerpunkte gesetzt: Investitionen in **Schulen und Kitas**, sowie in die **Verkehrsinfrastruktur**. Wir wollen für unsere Kinder und Jugendlichen gute Zukunftschancen schaffen und zwar für alle Kinder, unabhängig von Ihrer Herkunft oder den finanziellen Möglichkeiten der Eltern!

Dafür braucht es neben anderem gut ausgestattete und sanierte Schulen, sowie ausreichend Kitaplätze und natürlich auch die dafür nötigen Erzieherinnen und Erzieher. Dass hier dringend Investitionen notwendig sind, ist seit langem bekannt. Mit zusammengerechnet 64 Mio. Euro für unsere Schulen und 40 Mio. Euro für unsere Kitas ist das ein wichtiger Schwerpunkt in den kommenden beiden Jahren.

Stadtentwicklung und Stadtplanung sind untrennbar verbunden mit dem Thema Verkehr. Und alle Entscheidungen zu unseren Hochstraßen sind untrennbar mit der Entwicklung der Innenstadt und der angrenzenden Stadtteile verbunden. Wichtige Richtungsentscheidungen sind in den zurückliegenden Jahren mit den Entscheidungen für den Ersatzneubau der Hochstraße Süd, sowie für die Stadtstraße und die Entwicklung der City West gefallen. Mit zusammengerechnet über 100 Mio. Euro Investitionen für Tiefbau, Hochstraßen und Rathaus ist dies im Haushaltentwurf abgebildet. Wichtig wird sein, die Standortfrage zum Rathaus im kommenden Jahr zu klären und konsequent Stadtentwicklung und Verkehrspolitik zu verbinden und gemeinsam zu denken.

Verkehrspolitisch steht die SPD für ein sinnvolles Miteinander aller Verkehrsmittel. Dafür braucht es vor allem eine Stärkung der öffentlichen Verkehrsmittel und des Radverkehrs. Insofern sind wir froh, dass für den ÖPNV Investitionen in Höhe von 42,5 Mio. Euro in beiden Jahren geplant sind. Denn klar ist: Neben einer funktionierenden Straßeninfrastruktur gilt es jetzt die Verkehrswende mit Nachdruck aktiv zu gestalten. Wir als SPD-Stadtratsfraktion werden dafür entschlossen eintreten!

Beides zusammen ist übrigens nicht nur klimapolitisch, sondern auch industrie- und wirtschaftspolitisch und zum Erhalt von Arbeitsplätzen zwingend notwendig!

Mit Blick auf das in den kommenden beiden Jahren geplante **Investitionsvolumen von über 310 Mio. Euro** ist für uns in Anbetracht der Haushaltsreste, die wir seit Jahren vor uns herschieben, vor allem eines wichtig: Die im Haushalt zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel für Schulen, Kitas und Verkehrsinfrastruktur müssen besser als bisher auch tatsächlich ins Werk gesetzt werden. Wir sind uns bewusst, dass das eine Mammutaufgabe ist.

Ich komme zum Schluss: Die SPD steht für ein Ludwigshafen, in dem sich die Menschen wohlfühlen und gerne leben. Bestehend aus attraktiven, sauberen Stadtteilen, in denen eine gute Infrastruktur mit entsprechender Nahversorgung, einer guten ärztlichen Versorgung ebenso wie bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Wir stehen für ein Ludwigshafen, in dem Klimaschutz konsequent als Querschnittsaufgabe ange-

gangen wird. Wir stehen für ein Ludwigshafen, in dem die Bildungsinfrastruktur gestärkt wird. Wir stehen für ein Ludwigshafen, in dem klimafreundliche Mobilität ausgebaut wird. Wir stehen für ein Ludwigshafen mit attraktiven Sport- und Kulturangeboten sowie für eine soziale Stadt, die die Bedürfnisse von Menschen in persönlichen Problemlagen berücksichtigt. Wir stehen für ein Ludwigshafen, das ganz besonders in Zeiten der Pandemie zusammenhält.

Der mit den Änderungslisten vorgelegte Haushaltsentwurf trägt dem im Rahmen der vorhandenen finanziellen Einschränkungen Rechnung. Wir werden diesem deshalb zustimmen.

Abschließend gilt mein Dank allen, die an der Erarbeitung beteiligt waren. Angefangen beim Stadtvorstand über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, bis hin zu den Stadtratskolleginnen und -kollegen für die konstruktiven Beratungen.

Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU Stadtratsfraktion Dr. Peter Uebel zum Doppelhaushalt 2021/2022 am 14.12.2020

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

die heutige Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2021/2022 steht unter einem historisch schlechten Stern. Dies in mehrfacher Hinsicht.

Die Corona-Infektionszahlen und damit auch schweren Krankheitsverläufe in unserer Stadt befinden sich in einer dramatischen Höhe. Die Bürger sind durch die seit dem Kriegsende einmaligen Herausforderungen angespannt, verunsichert, zum Teil aber auch gespalten in der Situationsbewertung. Unser Gesundheitssystem ist im Ausnahmezustand. Gleiches gilt für diejenigen, die sich um Sicherheit und Ordnung mühen.

Deswegen gilt zuallererst mein Dank all denen, die sich um uns kümmern. Den Mitarbeitern im Gesundheitswesen, dem Gesundheitsamt, der Pflege, den Ordnungsbehörden und all den vielen, die mit großer Empathie in ihrem Bereich zeigen, dass unsere Stadtgesellschaft zusammenhalten kann. Danke.

Auch die gesamten Haushaltsvorbereitungen der Fraktionen mussten unter diesen erschwerten Pandemie-Bedingungen stattfinden. Auch hier Respekt den ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen.

Zum anderen haben wir einen Haushalt, der ein extrem düsteres Bild unserer Finanzsituation aufzeigt. Wir sollen heute einen Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag von knapp 88 Mio € in 2021 und rund 120 Mio € in 2022 beschließen.

Die Kostenpositionen sind in der Historie durchweg die gleichen- wenn auch mit kontinuierlichem Anstieg. Die Angst vor einer Zinserhöhung hat sich bisher glücklicherweise nicht bestätigt, dafür kommt es zu einem erheblichen Einbruch im Bereich der Gewerbesteuer.

Dies zeigt auch der Nachtragshaushalt für das laufende Jahr.

Zu geringe Einnahmen, nicht ausreichende Förderzuweisungen und steigende Ausgaben. Eine gefährliche Trilogie. Das Eigenkapital wird in zwei Jahren bis auf einen historischen Tiefstand von 137Mio € abgeschmolzen sein. 2009 lagen wir noch bei fast 1,1Mrd €.

Deswegen stellen sich weiter und unverändert die grundsätzlichen Fragen der kommunalen Finanzausstattung.

Am langen Arm der Landesregierung zu hängen und auf Förderzusagen, die oft ein Tropfen auf den heißen Stein sind, zu hoffen: Das ist keine gute Position, das spiegelt nicht die Wirtschaftskraft unserer Stadt wider. Der Kämmerer hat in seiner Haushaltseinbringung die Entwicklung des prozentualen Anteils der Stadt Ludwigshafen an der Einkommenssteuer in Rheinland-Pfalz gezeigt. Im Jahre 1970 entfielen über 8% der gesamten Einkommenssteu-

ereinnahmen an Ludwigshafen, jetzt liegen wir unter 4%. Die Versteuerung am Wohnort zeigt eine Exurbanisierung, die Ludwigshafen in den letzten 40 Jahren durchmachte. Es ist nicht gelungen, durch eine entsprechende Wohnungsbaupolitik, Verdiener in der Stadt zu halten. Das Geld, das in Ludwigshafen verdient wird, wird woanders versteuert. Deshalb ist das vorliegende Steuermodell ungerecht und entspricht nicht der Lebenswirklichkeit. Die Stadt stellt Infrastrukturen und die Steuereinnahmen kassieren andere.

Zu denken gibt die Tatsache, dass sieben der am meisten verschuldeten Städte Deutschlands in Rheinland-Pfalz liegen. Der Klageweg und die bisherige gerichtliche Feststellung einer unzureichenden kommunalen Finanzausstattung ist skandalös. Ich frage, wann wird die Landesregierung endlich ihren Städten Luft zum Atmen verschaffen? Wo sollen wir noch sparen, wenn die Pflichtausgaben, vor allem im Sozial- und Jugendbereich ohne ausreichende Erträge, permanent steigen.

Steuererhöhungen wären jetzt das völlig falsche Signal. In einer Pandemiebedingten angespannten Situation sowohl für unsere Wirtschaft als auch viele Privathaushalte. Eben diese werden gerade jetzt durch erhöhte Müllabführ- und Straßenreinigungskosten belastet. Die Unzulänglichkeit der städtischen Verschuldung hängt nicht an einem vergleichsweise niedrigen Anteil der Grundsteuer. Was sollen wir den Bürgern noch alles zumuten?

Die Frage der Altschulen ist immer noch nicht hinreichend gelöst. Andere Bundesländer haben das hinbekommen. Rheinland-Pfalz wieder nicht. Jetzt aber die Bundesländer, die in einem Kraftakt die kommunalen Altschulden übernommen haben und ihre Städte entschuldet- diese jetzt für Rheinland-Pfalz zur Kasse zu bitten, ist schon etwas unverfroren und übersteigt bei weitem eine erwartbare Solidarität.

Der Haushalt heute ist nicht nur ein fiktives Gebilde, sondern er greift ganz wesentlich in den Lebensalltag der Bürger ein.

Er bestimmt, wie unsere Stadtleben aussehen wird. Die Frage, was wir uns leisten können, erscheint in den letzten Jahren in den Hintergrund gerückt zu sein. Alles auf Pump, gleich was es kostet. Wo ist hier die Verantwortung für kommende Generationen geblieben, die mit diesen Schulden klarkommen müssen. Die Frage, „geht's auch eine Nummer kleiner und kostengünstiger“, scheint außer Mode zu sein. Auch die Frage der Priorisierung von Maßnahmen, erscheint nur noch sekundär.

Kinder und Jugend- die Zukunft unserer Stadt

Investitionen in die Zukunft der Kinder und Jugend unserer Stadt ist eine Maßnahme, die wir eben als prioritär ansehen.

Das nächste Kita- Ausbauprogramm ist auf dem Weg. Wie schon gewohnt ohne ausreichende Kostenbeteiligung durch Bund und Land. Wir laufen hier weiter der Situation hinterher. Wir danken hier ganz ausdrücklich der Dezernentin Frau Prof. Reifenberg, die trotz widriger Umstände, ein Programm nach dem andern auflegt. Mittlerweile fehlen Flächen, wo Kitas entstehen können. Deshalb ist es für die CDU gesetzt, dass wir bei Neubaugebieten genau diese Fragen zuerst stellen: Sind genügend Kita- und Schulumöglichkeiten gegeben. Wo dies nicht der Fall ist, muss eine entsprechende Planung erfolgen. Und dies bevor der Wohnraum

geschaffen wird. Wir können Eltern nicht weiter belasten mit einem unzureichenden Betreuungsangebot. Wir können Kindern kein drohendes Bildungs- und Sozialisierungsdefizit zum Beginn ihres Lebens zumuten.

Genauso verhält es sich im Bereich unserer Schulen. Ein enormes Sanierungsdefizit mit einem Volumen von über 250Mio tragen wir vor uns her. Ebenso wie Grundschulkapazitäten, die in mehreren Stadtteilen fehlen. Wir setzen Hoffnung in das vom Stadtvorstand aufgelegte Programm „Bauen für Bildung“. Vielleicht schaffen wir es damit, zumindest geplante und bewilligte Summen, zu verbauen. Sorgen bereitet hierbei das Vergabe- und Ausschreibungsrecht des Landes Rheinland-Pfalz. Eine dynamisch bessere Struktur, wie in Mannheim mit der ausgelagerten Bau- und Betriebsservice-Gesellschaft, sollte auch in unserem Bundesland möglich sein. Damit würden wir eine deutlich verbesserte Dynamik erzielen. Hier ist die Gesetzgebung des Landes gefordert.

Wir sehen in der Schaffung einer guten Schul- und Kita-Infrastruktur eine der wichtigsten Aufgaben. Unsere Kinder und Jugendliche brauchen einen guten Start ins Leben.

Vereinbarkeit von Wohnungsbau und Umwelt

Ludwigshafen ist eine wachsende Stadt. Der Wohnraum ist knapp- schon immer, seit dem Bestehen unserer Stadt. In den letzten Jahren hat aber ein Umdenken im Wohnungsbau eingesetzt:

Wo neue Baugebiete entstehen, stellt sich immer wieder die Frage: geht das klimatisch, wie sind die Luftströme, was machen die Grünflächen, der Grad der Versiegelung. Auch deshalb sind Flächennutzungspläne, die 20 Jahre alt sind, nur bedingt aussagekräftig und müssen hinterfragt werden.

Einfach nur jede Bürgerinitiative abzutun, die sich gegen Baupläne stellt, ist nicht legitim. Wir werden zunehmend diese Diskussionen führen. Es wird eine Gratwanderung zwischen Erhalt eines guten Stadtklimas und Schaffung von Wohnraum. Es wird nötig sein, Kompromisse zu finden, beispielsweise in Rheingönheim, in Oppau, aber auch in Ruchheim. Wir haben nicht nur die Verantwortung, Wohnraum zu schaffen, sondern auch dem Klimawandel zu begegnen. Deshalb fordere ich auch alle Beteiligte auf, kompromissbereit zu sein und nach gangbaren Lösungen zu suchen. Die CDU-Stadtratsfraktion wird sich konstruktiv bei diesen Diskussionen beteiligen.

Die ökologische Verantwortung stellt sich auch im Doppelhaushalt dar: Alleine im laufenden Jahr mussten 3000 Bäume gefällt werden. Es fehlen rund 1000 Straßenbäume. Wir haben zwar die personellen Kapazitätsprobleme bei unseren entsprechenden Anträgen zum Doppelhaushalt seitens des Baudezernenten zur Kenntnis genommen, aber das Investitionsprogramm muss kommen, ob mit 500.000€ oder 1,4 Mio jährlich. Wir brauchen Baumerneuerungen, wir brauchen deren Schattenwurf, deren Verdunstungskühle. Je mehr, umso besser.

Mobilität der Zukunft

Unser Klima ist auch eng mit der Frage der Mobilität verknüpft. Der Neubau der Hochstraße

Süd wird dank des Beschleunigungsgesetzes des Bundes in einem überschaubaren Zeitraum stattfinden können. Dieses Ziel hatten wir von Anbeginn an gesetzt.

Die Hochstraße Nord darf sich nicht wesentlich verzögern. Die Vorteile einer Verschwenkung sind noch nicht belastbar dargestellt. Wir befürchten eine zeitliche Verzögerung bei all den noch zu klärenden Fragen.

Der weitere Ausbau des ÖPNV und der Radwege ist unabdingbar. Radwegeplanungen an der Wollstraße, zwischen Oggersheim und Maudach, um nur zwei Beispiele zu nennen, müssen weiter vorgebracht werden. Der Ausbau und die Instandhaltung unseres Radwegenetzes, sowie des Schnellweges haben dabei einen wesentlichen Anteil. Das gilt auch für neue Straßenbahnlinien. Die Anreize eines vorteilbringenden ÖPNV ist entscheidendes Kriterium der Nutzer.

Dazu müssen auch entsprechende Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Wir haben über Jahre den Verlustausgleich des ÖPNV als freiwillige Leistung getragen. Dass es hier jetzt zu einer Änderung kommt, ist überfällig. Dennoch ist damit noch kein Ausbau finanziert. Deshalb mein Appell an Land und Bund: Verstärken Sie die Hilfen, damit wir den Mobilitätswandel schaffen.

Unsere Wirtschaft ist genauso abhängig von optimalen Verkehrsanbindungen, wie die im Bundesvergleich weit überdurchschnittliche Anzahl an Pendlern mit über 70.000 Einpendlern und über 32.000 Ludwigshafenern, die außerhalb der Stadt arbeiten. So die Zahlen aus dem Bericht des Bereichs Stadtentwicklung aus 2019.

Wir begrüßen deshalb auch die Planungen der BASF, den Lieferverkehr in den Norden des Werks zu verlagern. Hierbei müssen allerdings vermehrte Belastungen der Bürger der betroffenen Stadtteile berücksichtigt und minimiert werden. Insbesondere muss der Lärmschutz an der B9 in der Pflingstweide optimiert werden.

Sicherheit und Sauberkeit

Statistik und subjektives Empfinden sind oft zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir nehmen die Kriminalitätsstatistik zur Kenntnis. Sehen aber, wo es nicht gut läuft. Dies gerade am Berliner Platz, in der südlichen Ludwigsstraße, am Rheinufer, im Hemshof:

Zum einen bleibt trotz vielfältiger Bemühungen der Verwaltung das Thema der Vermüllung. Es ist gut, dass hier weiter verschärft kontrolliert wird. Genauso wichtig sind aber private Initiativen, wie „sauberer Hemshof“, die gemeinsam mit der WBL bürgerschaftliches Engagement einbringen. Deshalb können wir nur ermutigen auch in anderen Stadtteilen mit Initiativen gemeinsam mit den Wirtschaftsbetrieben und der Verwaltung, der Müllproblematik entgegenzuwirken.

Ordnungswidriges Verhalten. Belästigungen, Alkoholexzesse, Drogenhandel, offener Drogenkonsum, Schlägereien, Revierkämpfe. Die Innenstadt, die baulich gerade eine hoffnungsvolle Entwicklung macht, droht zu kippen. Deshalb ist uns ein Sicherheitskonzept für diese Bereiche wichtig. Mehr Präsenz der Ordnungskräfte, verstärkte Straßensozialarbeit und Suchtberatung. Aber auch eine Null-Toleranz-Strategie, wer sich nicht an die Regeln

hält. Deshalb unterstützen wir den Antrag einer zusätzlichen Stellenschaffung zur aufsuchenden Sozialarbeit und sehen dies im Hinblick unseres Antrages zur Entwicklung eines Sicherheitskonzeptes vom August als folgerichtig.

Wir müssen den gesellschaftlichen Beistand für Menschen mit Suchterkrankungen verbessern. Ebenso erwarten aber auch die Bürger unserer Stadt ein sauberes und sicheres Ludwigshafen.

Soziale Aufgaben

Für die soziale Sicherung hat der Kämmerer einen Gesamtaufwand von rd. 360Mio € pro Jahr berechnet. Dem gegenüber stehen Erträge von rd. 180Mio €. Das strukturelle Defizit hat seit 2017 von 130Mio € auf jetzt 180Mio € zugenommen. Es besteht eine enge Verknüpfung dieses Defizits mit dem städtischen Gesamthaushalt.

Zwei Folgerungen müssen wir daraus ziehen:

1. Unsere Sozialstruktur verschlechtert sich zusehends. Die Arbeitslosenquote, insbesondere die Sockelarbeitslosigkeit, bewegt sich auf einem hohen Niveau. Das darf nicht weiter zementiert werden. Deshalb dürfen wir nicht nur an Wohnbebauung denken, sondern auch Flächen für Gewerbeansiedlungen schaffen und die Ansiedlung von arbeitsplatzintensiven Firmen forcieren. Dies gilt vor allem auch im Hinblick auf die Erstellung des Regionalplans und dann neuen Flächennutzungsplans.
2. Wir werden seitens der Ausgleichszahlungen zunehmend im Stich gelassen. Natürlich ist dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Menschen in Not zu stützen. Es muss aber wirklich gesamtgesellschaftlich passieren und nicht nur auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen werden.

Kultur, Sport und soziale Einrichtungen sind unverzichtbar

Wir schätzen die Arbeit der vielen Wohlfahrtsverbände, der Initiativen und Fördereinrichtungen, aber auch der Sport- und Kulturvereine. Diese mühen sich tagtäglich und oft auch ehrenamtlich, die Stadt lebenswert zu machen. Sie mühen sich, ein soziales Netz zu spannen, das auffangen kann. Das Gesellschaft schafft, im besten Sinne des Wortes.

Dazu gehören auch die vielfältigen Kulturinrichtungen. Sei es die freie Szene mit ihrem bunten Spektrum, sei es das städtische oder die freien Theater, das Museum, die Musikschule, die Bibliothek.

Soziale, kulturelle und Einrichtungen des Sports machen uns aus. Was wären wir ohne Kultur. Was wären wir ohne unsere Sportvereine oder unsere Hilfseinrichtungen. Und doch fallen sie bei SpARBemühungen oft hinten runter.

Deshalb war es ein gutes Zeichen, dass dieser Rat im Hauptausschuss die Fortführung der erhöhten Zuwendungen im Bereich der freiwilligen Leistungen für die freien und kommunalen

Einrichtungen der Kultur, des Sports und der sozialen Initiativen beschlossen hat. Es ist die Fortführung des gemeinsamen Antrags der CDU und SPD zum letzten Doppelhaushalt. Damals hatten wir zur Finanzierung anteilig die Erhöhung der Gewerbesteuer als Grundlage. Und alle, die in den letzten beiden Jahren etwas mehr für ihre wertvolle Arbeit bekommen haben, konnten es sinnvoll zum Nutzen der Bürger einsetzen.

Wir nehmen die geäußerten Bedenken des Kämmerers zur Kenntnis. Dennoch ist Kommunalpolitik nicht zuallererst den Aufsichtsbehörden verpflichtet, sondern den Bedürfnissen der Bürger dieser Stadt. Und so haben wir gehandelt und unsere Forderung aufgestellt.

Diese verschwindend geringe Summe der freiwilligen Leistungen bringt vielfältige Frucht. Sie schafft Gemeinsinn und ist Ausdruck sozialer Verantwortung.

Diese Handschrift muss der Haushalt zumindest in der Fußnote auch tragen.

Ich danke abschließend allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bei der Erstellung des Doppelhaushaltes beteiligt waren, sowie dem Kämmerer Andreas Schwarz.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf mit all seinen in den Fachausschüssen und dem Hauptausschuss erarbeiteten Ergänzungen zu.

Vielen Dank.



Haushaltsrede des Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen für den Doppelhaushalt 2021/2022

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Beigeordneter Schwarz,

werte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

„Sparen und dennoch gestalten“ war vor zwei Jahren das von Heike Scharfenberger formulierte Ziel der Ludwigshafener SPD, damals geäußert vor dem Hintergrund eines nicht ausgeglichenen Doppelhaushalts, stetig steigender Schulden und stetig sinkenden Eigenkapitals.

„Eine Stadt muss auch finanziell so ausgestattet sein“, fuhr sie – an die Adressen von Bundes- und Landesregierung gerichtet – fort, „dass sie in der Lage ist, ihre Aufgaben selbstständig und erfolgreich zu erledigen.“

Eine kommunale Selbstverwaltung könne nur dann ihre Stärke entfalten, wenn sie auch genügend Handlungsspielraum habe. Und dieser sei ihres Erachtens in Ludwigshafen mit einem Anteil von 7% für die freiwilligen Leistungen für seine Aufgaben zu klein.

An dieser prekären Situation geändert hat sich seit damals allerdings freilich nichts. Denn stieg die Gesamtverschuldung der Stadt von Dezember 2017 bis Dezember 2018 von 1,17 auf ca. 1,2 Milliarden Euro, so wiesen auch beide Jahre des vergangenen Doppelhaushalts Fehlbeträge im Ergebnishaushalt von zusammengerechnet 233,8 Millionen Euro aus, weswegen auch der damalige Beigeordnete Dieter Feid konstatieren musste, dass „die Finanzausstattung durch Land und Bund nach wie vor unzureichend“ war.

Und auch heute, zwei Jahre danach, haben wir wieder einen Doppelhaushalt vorliegen, dessen zwei Einzelhaushalte beide nicht ausgeglichen sind.

Und wieder haben einen Kämmerer, der die finanzielle Lage Ludwigshafens mit Worten wie „nicht nur besorgniserregend“ oder „Desaster“ nicht allzu hoffnungsvoll umschreibt.

Verständlicherweise, denn hatten wir in den Jahren 2010 bis 2017 die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte des deutschen Fiskalwesens, hat sich jetzt, wie von Herrn Schwarz treffend beschrieben, das gesamte wirtschaftliche Umfeld deutlich verschlechtert.

Das konnte man damals zwar nicht wissen, aber dennoch bedenken, schließlich hatte Herr Feid doch vor zwei Jahren ausdrücklich davor gewarnt, „positive Effekte eines konjunkturellen Aufschwungs mit der Lösung struktureller Probleme bzw. grundsätzlicher Systemfelder in unserer gesamtstaatlichen Mittelverteilung zu verwechseln“.

Geändert hat sich für Ludwigshafen also fast nichts; Eigentlich nur, dass die Geldsäcke, aus denen unsere Stadt bisher von Bund und Land ohnehin nur unzureichend versorgt wurde, in Zukunft deutlich kleiner ausfallen werden.

Die Verantwortung für diese prekäre Situation ist allerdings nur bedingt bei der Stadtspitze, sondern viel mehr bei den Regierungsparteien im Bund, CDU/CSU und SPD, wie auch bei den Koalitionären SPD, FDP und Grüne in Mainz zu suchen. Denn sowohl in Berlin als auch in Mainz wurden die Entscheidungen getroffen, die es unserer Stadt unmöglich machen, ihren Aufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung nachzukommen.

Die fehlende Finanzierung von Land und Bund, also die ständige Verletzung des Konnexitätsprinzips, nach dem der bezahlt, der bestellt, das ist die Hauptursache der Situation unserer Stadt und hat – damals noch einhergehend mit Rekordsteuereinnahmen in den uns übergeordneten politischen Ebenen – zu wirtschaftspolitisch fragwürdigen Beschlüssen wie der Grundsteuererhöhung geführt.

Es ist bezeichnend für die bisherige Politik der Landesregierung, dass die vier unrühmlichen Spitzenplätze der am höchsten verschuldeten Kommunen in Deutschland von rheinland-pfälzischen Städten eingenommen werden, nämlich von Kaiserslautern, von Mainz, Pirmasens und - knapp unter dem „Siegertreppchen“ - von Ludwigshafen.

Der politische Hauptverantwortliche hierfür ist die Landesregierung, die seit Jahrzehnten von sozialdemokratischen Ministerpräsidenten geführt wird, deren zweifellos vorhandene politische Strahlkraft auch die SPD in Ludwigshafen lange Zeit von den aus kommunaler Sicht fragwürdigen politischen Erfolgen ihrer Partei im Land profitieren ließ, und das, obwohl diese Erfolge stets mit armen rheinland-pfälzischen Städten, mit einem armen Ludwigshafen einhergingen.

So beträgt der alle drei Jahre neu berechnete Einkommensteueranteil der Stadt Ludwigshafen seit 2018 bei einer Einkommensgrenze für Ledige/Verheiratete mit 35.000/70.000 Euro 3,80362%, obwohl sich das Aufkommen der Einkommenssteuer – wie von Herrn Schwarz dankenswerterweise in seinem Vorbericht zum Haushaltsplan mit einem Schaubild belegt – seit 2004 mehr als verdoppelt hat.

Ich verweise an dieser Stelle auch darauf, dass der Einkommenssteueranteil unserer Stadt im Jahr 1990 noch 5,22679% betragen hatte, bevor er zu sinken begann und 1997 auf 4,46259% abstürzte und stelle die Frage:

Warum ist das so?

Warum haben sich die Ludwigshafener Landtagsabgeordneten, die den Mainzer Koalitionsparteien angehören – derzeit Heike Scharfenberger, Anke Simon und Dr. Gerhard Braun – bisher nicht dafür eingesetzt, an dieser Situation etwas zu ändern?

Warum?

Diese mangelnde finanzielle Ausstattung lässt kaum noch Gestaltungsraum für die Kernbereiche kommunaler Selbstverwaltung wie Kommunale Sozialpolitik, Wohnungsbau und Kultur, wie den KVD, das Ehrenamt und den Sport, wie Mobilität, Umwelt und Sicherheit zu und sie wird sich durch uns seit vielen Jahren bekannte, gebetsmühlenartig wiederholte Schuldzuweisungen nach Mainz und Berlin allein ebenso wenig lösen lassen wie bisher.

Lösen kann unser Problem nur die Landesregierung, die sich für freundliche Hinweise, aber auch für vehemente Kritik in dieser Richtung bisher nicht empfänglich gezeigt hat.

Daher ist es zwingend notwendig, dass die politischen Verantwortlichen in Ludwigshafen mit der Landesregierung jetzt einmal in einer Sprache sprechen, die diese versteht. Und das kann, nach Jahren und Jahrzehnten folgenloser Problembenennungen, nur die Klage auf einen fairen Finanzausgleich sein. Ein Schritt, den zu gehen sich die Stadtspitze bisher nicht gewagt hat und zu dem sie sich vermutlich auch in Zukunft nicht durchringen wird.

Wie sich dieses Problem in Ludwigshafen konkret realisiert, sei kurz am Beispiel der Problematik Hochstraße-Süd dargestellt: Diese Hochstraße ist eine Hauptschlagader der in vielen Sonntagsreden bejubelten „Metropolregion Rhein-Neckar“ und ihr Funktionieren für das Wirtschaftszentrum Ludwigshafen überlebenswichtig. Ein Wirtschaftszentrum wohlgemerkt, von dessen Kraft dank der Einkommenssteuer auch und gerade die umliegenden Gemeinden stark profitieren. Die Pflicht, diese Schlagader zu erhalten, ruht aber, ungeachtet der Zuschüsse von Bund und Land, hauptsächlich auf den Schultern unserer Stadt.

Wie sich angesichts einer solchen Situation die veranschlagte Erhöhung bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen bis 2022 auf (netto nach Abzug von Erstattungen) 220,7 Millionen Euro ohne Neuverschuldung und Sinken des Eigenkapitals bewältigen lassen soll (2013 lag die Summe übrigens noch bei 139,3 Millionen), beantwortet dieser Haushaltsplan nicht und er kann es auch nicht, solange sich an der finanziellen Ausstattung durch das Land und den Bund nichts Wesentliches ändert.

Betrachtet man das strukturelle Defizit im Bereich der sozialen Sicherung, wird die Lage noch düsterer: Es wird in den kommenden zwei Jahren von 165,2 auf 184,6 Millionen steigen.

Herr Schwarz hat vollkommen recht, wenn er in seinem Vorbericht ausführt, dass „bei diesem Schuldenstand die Stadt Ludwigshafen aus eigener Kraft niemals mehr in der Lage sein wird, sich von dieser Schuldenspirale zu befreien“.

Und das, obwohl das statistische Landesamt Rheinland-Pfalz im April diesen Jahres für die Kommunalfinanzen 2019 von einem „Höchststand bei Steuereinnahmen“ sprach, ein Höchststand, der in den kommenden Jahren kaum mehr zu erreichen sein dürfte und der die finanzielle Situation Ludwigshafens ohnehin nicht verbessert hat!

Doch was folgt aus dieser Erkenntnis?

Nichts, lediglich die Feststellung, das Eigenkapital werde von 463.602.515,12 Euro im Jahr 2019 auf 133.535.392,99 Euro im Jahr 2022 absinken. Eine positive Zukunftsprognose sieht selbst bei eingefleischten Pessimisten anders aus.

Die Frage, wie die Kommune auf Dauer damit umgehen soll, dass aus dem „Rettungssystem in Notfällen“ ein „Versorgungssystem“ geworden ist, wie es einer der Vorgänger von Herrn Schwarz, Herr Wilhelm Zeiser, bezogen auf die sozialen Leistungen 2011 treffend formulierte, beantwortet der Haushalt nicht und er kann es auch nicht, vor allem, wenn der Anteil an Leistungsbeziehern bei uns im Landesvergleich besonders groß ist.

Ob es sich dabei, wie vor zwei Jahren von Ratsmitglied Dr. Schell, der ja ein ausgesprochener Kritiker der unausgeglichene Haushalte ist, obwohl seine Partei derzeit in Mainz mitregiert, geäußert, gar nicht um ein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem handelt, ist eigentlich unerheblich. Schließlich hat die Stadt gar keine Möglichkeit, etwas an den steigenden Sozialkosten zu ändern.

Das Defizit der Stadt nicht nur, aber vor allem im Bereich der sozialen Leistungen, ist strukturell geprägt. Geprägt von Strukturen, über deren Ausgestaltung nicht in Ludwigshafen entschieden wird, sondern in Mainz und in Berlin.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die wirtschaftlichen Prognosen sehen düster aus und der Stadtrat Ludwigshafen war auch bei strahlendstem fiskalischen Sonnenschein in Bund und Land schon länger nicht mehr in der Lage, den ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden, der gesetzlich vorgeschrieben ist.

Die Erwartung, dies werde aber in Zukunft aus eigener Kraft gelingen, ist so vermessen, dass niemand hier sie zu äußern bereit ist.

Daher muss sich für alle Ratsmitglieder, die ja an der Handlungsfähigkeit ihrer Heimatstadt interessiert sind, eine Frage stellen:

Wie lange soll diese Situation noch so weitergehen?

Bis das Eigenkapital vollends aufgebraucht ist?

Bis der Anteil der freiwilligen Leistungen auf 0% sinkt?

Bis sich die finanzielle Ausstattung des Landes und des Bundes so weit verschlechtert haben, dass Ludwigshafen gar keine weiteren Finanzmittel mehr einbringen könnte, selbst wenn es diesen Weg endlich einmal beschreiten sollte?

Bis auch bei den gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtaufgaben der Rotstift angesetzt werden muss, weil die finanziellen Möglichkeiten keine andere mehr Wahl lassen?

Das kann doch keinesfalls die Perspektive sein, die unsere Stadt für eine Selbstverwaltung auch nur auf niedrigstem Niveau braucht.

Was Ludwigshafen braucht, ist – und hiermit verkünde ich keine neue Botschaft, sondern reihe mich lediglich bei vielen aus allen politischen Lagern kommenden Mahnern der letzten Jahre und Jahrzehnte ein – eine bessere finanzielle Ausstattung durch den Bund und vor allem durch das Land. Eine bessere finanzielle Ausstattung, die allein schon dafür notwendig ist, die Aufgaben zu finanzieren, die uns von eben diesen Ebenen auferlegt wurden, ohne aber die dafür notwendigen Überweisungen an uns zu erhöhen.

Ohne die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips seitens des Landes hat Ludwigshafen auf Dauer keine Zukunft.

Wir möchten Sie daher bitten, diesen unausgeglichene Haushalt abzulehnen und die Stadtspitze aufzufordern, das Land endlich auf einen fairen und gesetzlich vorgeschriebenen Lastenausgleich zu verklagen, da alle darunter angesiedelten Appelle an die Verantwortlichen erkennbar wirkungslos geblieben sind.

Nur so kann Ludwigshafen in die Lage versetzt werden, endlich wieder seiner gesetzlichen Pflicht nachzukommen und einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Haben Sie den Mut, das Notwendige zu tun, um die Leistungsfähigkeit unserer Kommune zu erhalten.

Lehnen Sie diesen Haushalt ab und erhöhen Sie dadurch den Druck auf die Landesregierung.

Es gibt keinen anderen Weg!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Johannes Thiedig
Vorsitzender der AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen



Stadtratsfraktion Ludwigshafen

Monika Kleinschnitger · Fraktionsvorsitzende
Hans-Uwe Daumann · Fraktionsvorsitzender
Heike Hess · Stellv. Fraktionsvorsitzende
Ibrahim Yetkin · Stellv. Fraktionsvorsitzender
Gisela Witt

Georg Vassiliadis

Fraktionsbüro

Rathausplatz 10
67059 Ludwigshafen
Telefon 0621-52 30 23
Telefax 03222-246 420 8
fraktion@gruene-lu.de
www.die-gruenen-im-rat.de

- DIE GRÜNEN IM RAT • Rathausplatz 10 • 67059 Ludwigshafen •

Die Grünen im Rat – 14.12.2020

- **In der Krise Zeichen setzen** •

Rede zum Doppelhaushalt 2021/22

Ludwigshafen kennt sich gut aus mit Krisen: Haushaltskrise und Schuldenkrise bestimmen den Rahmen für politische Initiativen schon seit Jahren. Und jetzt kommt obendrauf noch die Corona- Pandemie. Ein schier aussichtsloses Unterfangen für eine Stadt, die sich durch wachsende Sozialausgaben einerseits und durch eine eingeschränkte Einnahmestruktur andererseits sowieso schon immer am Abgrund des noch Finanzierbaren sieht. Die Stimmung in der Stadt ist bis jetzt nicht gekippt und wir alle leben gern hier, das liegt am kulturellen Angebot, an den Sportvereinen und den Möglichkeiten des sozialen Miteinanders. Für uns Grüne im Rat geht es nicht um das politische Spiel, sondern um politische Verantwortung.

Daher haben wir dem Entwurf der Verwaltung zum Kulturetat nicht zugestimmt. Und haben uns dafür stark gemacht, dass wir weitere Kürzungen im Kulturbereich sowohl für die freie als auch die institutionalisierte Kultur nicht akzeptieren werden und nicht akzeptieren können. Mit unserem Antrag im Hauptausschuss wollten wir nicht nur ein Zeichen setzen, sondern handeln. Bereits vor zwei Jahren sollten die Zuschüsse im Bereich der freiwilligen Leistungen erhöht werden – die dringende Notwendigkeit dafür besteht immer noch. Wir sind froh darüber, dass der Hauptausschuss unserer Initiative einstimmig zugestimmt hat.

Wir haben mit aller Ernsthaftigkeit die Haushaltsberatungen kritisch begleitet, und sehen, dass strukturelle und verwaltungsorganisatorische Veränderungen Hand in Hand gehen müssen: Wir setzen große Hoffnung in die neue Organisationseinheit Bauen für Bildung, die Gebäudemanagement und Bildungskoordination die Aufgabe gibt, Rückstände im immensen Sanierungsstau der Ludwigshafener Schulen zu bewältigen. Die Umsetzung des Digitalpaktes läuft noch zu zögerlich, wir müssen schneller werden, damit wir nicht noch zusätzlich eine Digitalkrise erleben, die sich zu einer Bildungskrise auswächst. Es sind zu wenige Menschen für zu viele Aufgaben da – ob da bisher innerhalb der Verwaltung immer die richtigen Schwerpunkte gesetzt wurden? Wir haben da unsere Zweifel.

2019 sind auch in Ludwigshafen Schülerinnen und Schüler auf die Straße gegangen, für mehr Klimaschutz, für das 1,5-Grad-Ziel, dafür, dass der Klimawandel keine „Kippunkte“ erreicht und die Lebensbedingungen auf unserer Erde und damit auch in unserer Stadt unwiderruflich verschlechtert. Fridays for Future ist ein deutlicher Hinweis, dass wir uns im Klimaschutz nicht weiter mit Lippenbekenntnissen zufriedengeben dürfen. Wir setzen darauf, dass die Zusagen der Verwaltung eingehalten werden. Dass die neue Stabsstelle im Bau- und Umweltdezernat

Klimaschutz als Leitlinie im Verwaltungshandeln durchsetzt, dass wir so bald wie möglich ein neues Klimaschutzkonzept für die Stadt bekommen, dass die Strukturen geschaffen werden, um unseren Stadtbaumbestand langfristig zu erhalten und auszubauen. Und dass der Stadtrat angemessen beteiligt wird, mit einem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Mobilität, der eigene Beschlusskompetenzen erhält.

Die Stadt Ludwigshafen leidet unter den Bausünden, den baulichen Fehleinschätzungen der Vergangenheit. Unsere Innenstadt ist hochverdichtet, ihr fehlt es jetzt schon an Licht, Luft und Grün. Wenn wir ein Stadtzentrum der kurzen Wege anstreben, attraktiv für Wohnen, Arbeit, Freizeit, Bildung, Kultur und Einkauf, dann werden wir es nicht dadurch erreichen, dass wir Lücken und Brachen mit Hochhäusern bebauen. Nicht von ungefähr stehen die Menschen am Berliner Platz oder im Bereich der Pilzhochstraße und denken: Könnte eigentlich so bleiben! Bei jedem neuen Bauprojekt müssen wir ein menschliches Maß berücksichtigen. Deswegen sagen wir: Ein neues Rathaus wird ganz anders aussehen müssen als das jetzige. Es muss bürgernäher, flexibler in der Nutzung, ein attraktiver Arbeitsplatz, aber auch effizienter und nachhaltiger sein müssen. Unsere Innenstadt braucht deutlich mehr Aufmerksamkeit als bisher. Wer hier wohnt oder arbeitet, hat schwere Jahre vor sich, darum müssen wir uns kümmern. Wir brauchen die hauptamtlichen Kümmerner für die Stadtteile Mitte und Hemshof, ob sie nun Quartiersmanager*innen heißen oder anders. Darauf werden wir weiterhin dringen.

Die geplanten Investitionen in die Mobilitätsinfrastruktur zeigen, dass die Fehlentscheidungen der Vergangenheit eine Sachzwangslogik für die Gegenwart erzeugen, mit der sich die Verkehrswende nur schwer in Angriff nehmen lässt. Die Hochstraße Süd soll 1:1 wiederaufgebaut werden, damit die Pendlerströme nicht zum Erliegen kommen. Eine zukunftsfähige Entwicklung der Verkehrsplanung ist damit zumindest an dieser Stelle ausgeschlossen. Insgesamt werden in diesem Doppelhaushalt mehr als 75 Millionen Euro für Hochstraßen bereitgestellt, die dann bei der Verbesserung der Situation für andere Arten der Mobilität fehlen.

Im Bereich des Fahrradverkehrs sind immerhin fast 1,7 Millionen Euro für dringend benötigte Lückenschlüsse im Radverkehrsnetz wie die Wollstraße, die Industriestraße und die Verbindung Oggersheim-Maudach eingeplant. Hier geht der Weg in die richtige Richtung, aus Geld- und Personalmangel allerdings viel zu zögerlich. Wollen wir hoffen, dass es dem neuen Baudezernenten gelingt, das Kapitel Posttunnel abzuschließen, mit dem wir uns jahrelang unnötig aufgehalten haben, und es durch eine Brückenplanung zu ersetzen, die hoffentlich schnell die nötige Radverbindung zwischen der Innenstadt und dem Hochschulcampus schaffen wird.

Der öffentliche Nahverkehr ist durch die Coronapandemie in eine Krise geraten, auch weil zuverlässige Erkenntnisse über die Verbreitung des Virus im ÖPNV bis dato fehlen. Dennoch müssen wir den Ausbau des ÖPNV mit neuen Linien und die Taktverdichtung auf den bestehenden weiter vorantreiben, um eine Klimakrise zu verhindern. Mittelfristig wird dafür auch eine Ertüchtigung des Berliner Platzes nötig sein. Die Verbindung der Bleichstraße mit der Konrad-Adenauer-Brücke ist jetzt ein erster Schritt dazu.

Besonders enttäuschend an diesem Haushalt ist, dass er keinerlei Investitionen beinhaltet, die Ludwigshafen für Zu-Fuß-Gehende attraktiver macht. Diese Gruppe, zu der beinahe jede*r phasenweise gehört, muss in den Verkehrsplanungen dringend mitberücksichtigt werden.

In der mehrfachen Krise brauchen wir eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts in unserer Stadtgesellschaft. Es gibt in Ludwigshafen Menschen, die von der Coronapandemie wirtschaftlich

nicht betroffen sind, aber es gibt eben auch viele, die wirtschaftlich leiden müssen, und einige, die die Pandemie existenziell gefährdet. Wir müssen die Aufgabe annehmen, bei der Bewältigung der Coronakrise in unserer Stadt Solidarität zu üben. Die „vulnerablen Gruppen“ in unserer Stadt werden auch durch den Betrieb des Ludwigshafener Impfzentrums nicht unmittelbar in ihr Leben „vor Corona“ zurückkehren.

Der demografische Wandel, die Migrationsbewegung und die angespannte wirtschaftliche Lage stellen die Kommune vor enorme Herausforderungen. Eine zukunftsorientierte Planung, die das friedliche Miteinander zum Ziel hat, muss die Stärkung der Kompetenzen der Zugewanderten und ihre aktive Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben kontinuierlich fördern. Auch dafür bedeutet Corona einen Rückschlag.

Integration vor Ort findet in den kommunalen aber auch in Einrichtungen der freien Träger statt. Die Stadt kann der kommunalen Integrationsarbeit neue Formen verleihen. Sie muss auch die Strukturen der Integrationsarbeit aus Bundes-, Landes und kommunalen Mitteln sichern und ausbauen. Wir unterstützen den Antrag des Beirats für Migration und Integration, in der Abteilung Integration eine zusätzliche Stelle mit dem Schwerpunkt Bildung zu schaffen. Wir wollen innovative Integrationsansätze unterstützen und sie kontinuierlich weiterentwickeln. Dies ist nur in Koordination der Kommune nach einem nachvollziehbaren Konzept und in Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Kommune, der freien Träger und der Unterstützung der Ehrenamtlichen möglich.

Die Corona-Krise wird bewirken, dass mehr Menschen in Ludwigshafen in prekären Verhältnissen wohnen und in desolaten finanziellen Situationen leben müssen. Hier werden neue und verstärkte Aufwendungen auf Ludwigshafen zukommen. Was das angesichts leerer Kassen bedeutet, kann nicht in diesem Doppelhaushalt stehen, wird vielleicht in den angekündigten Corona-Nachträgen sichtbar. Mit dem 2020 beschlossenen Sozialkonzept und den geplanten baulichen Erneuerungen für die Einweisungsgebiete in der Nördlichen Innenstadt und in Mundenheim verbinden wir die starke Hoffnung, dass wir die Ghettoisierung von Armut aufbrechen können. Die Themen Arbeitslosigkeit, Wohnungsarmut, Kinderarmut, Bildungsarmut sind deshalb nicht weniger drängend und wir erwarten von der Verwaltung, dass sie, im Dialog mit den stadträtlichen Gremien, dazu weiter die Initiative ergreift.

Wir stimmen dem Entwurf des Doppelhaushalts 2021 / 2022 heute zu, weil wir, zusammen mit anderen Fraktionen im Rat, wesentliche Forderungen und Initiativen im Entwurf verankern konnten. Unsere Zustimmung zum Haushalt verstehen wir auch als Appell und als eindeutigen Auftrag an die Verwaltung, mit der ADD die Rahmenbedingungen neu zu verhandeln. Die Bürgerinnen und Bürger, alle Aktiven in unserer Stadt brauchen eine Perspektive, die uns über Corona hinaus auch weiterhin gerne und gut in Ludwigshafen leben lässt.

Monika Kleinschnitger, Hans-Uwe Daumann, Heike Hess, Ibrahim Yetkin, Gisela Witt

Die Grünen im Rat

Haushaltsrede 2020 des Vorsitzenden der Stadtratsfraktion Grünes Forum Ludwigshafen und Piraten, Raik Dreher

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtvorstands,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,
liebe Gäste,

die erste Haushaltsrede unserer Fraktion Grünes Forum und Piraten fällt in eine schwere Zeit.

Praktisch leben wir seit März dieses Jahres in einer Art Ausnahmezustand. Die Corona-Pandemie hat nicht nur unser Leben, sondern die gesamte Welt im Griff.

Zuversichtlich stimmt aber, dass unsere Stadtverwaltung wieder akribisch und professionell ihren Haushaltsentwurf für die Jahre 2021 / 2022 vorlegt hat. Die Verwaltung hat gute Vorarbeit geleistet, Dank an alle Beteiligten dafür.

Mit den neuen digitalen Unterlagen ist es jetzt noch leichter als Kommunalpolitiker den Haushaltsentwurf zu bearbeiten.

Tatsache ist aber, dass der Haushaltsentwurf Stand April 2020 ist und damit Corona und die Folgen ab dem Frühjahr noch nicht eingepreist ist. Ein baldiger Nachtragshaushalt im kommenden Jahr ist daher sicher.

Unser Kämmerer Herr Andreas Schwarz hat bei der Einbringung des Haushalts im Oktober die Stadt Ludwigshafen mit einem Patienten auf der Intensivstation verglichen, nicht mit einem Patienten auf der Palliativstation.

Soweit würde unsere Stadtratsfraktion auch nicht gehen wollen.

Wenn man die Krankheit beschreiben will, um im Bild zu bleiben, ist dieser Haushalt eher ein Beispiel für eine Mangelverwaltung, statt einer auskömmlichen Finanzausstattung.

Ihre Pflichtaufgaben kann unsere Stadt immer schlechter bewerkstelligen, trotz des großen Elans der Mitarbeiter und die Verschuldung steigt weiter stark an.

Ein Ausweg aus dieser Misere wäre, ähnlich wie im Saarland und in Hessen, die so genannte Saarlandkasse oder der Hessenpakt, bei denen das Land den besonders verschuldeten Kommunen unter die Arme gegriffen hat.

Dem gingen jahrelange Auseinandersetzungen, Hilferufe und Klagen vor Gerichten voraus.

In Rheinland-Pfalz sind wir leider noch nicht so weit.

Wir Grünes Forum und Piraten haben von vornherein empfohlen, den Rechtsweg zu beschreiten, denn offensichtlich ist bei dieser Landesregierung in Mainz anders Hilfe leider nicht zu erwarten.

Wir wünschen uns, dass die Klagen vor dem Landesverfassungsgericht endlich Erfolg haben und die Würde unserer Stadt zurückgegeben wird.

Zum Haushalt selbst:

Wir vermissen im Rahmen der freiwilligen Leistungen mehr Zukunftsfähigkeit und mehr Nachhaltigkeit.

Zum Beispiel:

Ausweislich der Auflistung der Investitionen beim Tiefbau im Dezernat 4 werden für den Erhalt und den Neubau von Fahrradwegen in den nächsten beiden Jahren insgesamt 2.080.000 € ausgegeben.

Zum Vergleich: Der Gesamtbetrag der Aufwendungen im Ergebnishaushalt für das 2021 beträgt 729.724.038 Euro, 2022 sind das 758.509.181 Millionen Euro.

Für Radwege wird wenig getan, obwohl im OB- Wahlkampf etwas Anderes versprochen wurde.

Ein zweites Beispiel:

Im Dezernat 4 ist der Bereich Klimaschutz von Professor Dr. Alexander im Teilhaushalt Stadtvermessung und Stadterneuerung angesiedelt.

Das sind konkret an Personal Herr Alexander und ein weiterer Mitarbeiter.

Klimaschutz kann man mit dieser Personalausstattung in Ludwigshafen nicht erfolgreich betreiben. Es gibt viele Förderprogramme, es gibt viele Möglichkeiten für Zuschüsse, aber so bleibt womöglich manches liegen oder muss liegen bleiben, weil einfach die personellen Ressourcen fehlen, um alles einzufordern oder zu planen, was möglich wäre.

Wir als Grünes Forum und Piraten hatten im letzten Herbst mit unserem Antrag für eine Klimaoffensive gefordert, dass der Bereich Klimaschutz personell aufgestockt werden muss.

Es gibt auch ein Leben nach Corona und das wichtigste Problem, dass wir in den nächsten Jahren bis zur Mitte dieses Jahrhunderts angehen müssen, ist der Kampf gegen die globale Erwärmung.

Und Herr Thewalt es kann einfach nicht sein, dass Sie in der Sitzung des Hauptausschusses davor warnen, mehr Mittel für Baumpflanzungen zu beantragen, weil die Verwaltung dies nicht umsetzen kann.

Lassen Sie mich noch zwei Dinge ansprechen, die Kultur und wachsende Verschuldung unserer Stadt.

Die Bundesregierung lässt seit dem 1. November praktisch alle Kulturschaffenden im Stich. Die freie Kultur verschwindet nicht nur langsam, sondern immer schneller, weil Auftrittsmöglichkeiten fehlen, weil staatliche Unterstützung nicht rechtzeitig gezahlt wird, weil viele Künstlerinnen und Künstler einfach kein reguläres Gehalt haben, das ersetzt werden könnte.

Wir haben in den Haushaltsberatungen im Kulturausschuss davor gewarnt, die Mittel für die gesamte Kultur weiter zu beschneiden. Es besteht die Gefahr, dass nicht nur die freie Szene, sondern große Kulturbetriebe, wie das Filmfestival oder das Prinzregententheater so sehr in Mitleidenschaft gezogen werden, dass sie einfach aufhören zu existieren. Wenn solche Tanker erst mal auf Grund gehen, kriegt man sie nicht wieder flott.

Kultur ist eben kein Luxusgut.

Es ist ein Grundnahrungsmittel, das wir in diesen schweren Zeiten vielleicht nötiger denn je haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem stetigen Defizit in unserem Haushalt kann es nicht so weitergehen. Hier müssen Bund und Land endlich verstehen, dass die Kommunen eine auskömmliche Finanzierung für ihre Aufgaben dringend brauchen.

Diese Mangelverwaltung wollen wir als Grünes Forum und Piraten nicht mehr akzeptieren. Für die Würde unserer Heimatstadt müssen gerechte Verhältnisse geschaffen werden. Es gibt also gute Gründe diesen Haushalt, der diese Entwicklung fortschreibt abzulehnen.

Gleichwohl haben wir einige Punkte in den Haushaltsberatungen einbringen können, sodass wir der Auffassung sind, dass der Haushalt ein Stück weit unsere Handschrift trägt.

Da ist die zusätzliche Stelle bei der Drogenhilfe, die auch der Innenstadtentwicklung zu Gute kommt.

Die personelle Ausstattung der Straßensozialarbeit soll im Sozialausschuss geprüft werden.

Des Weiteren ist da die Umwidmung der Mittel für den Posttunnel, die jetzt für eine neue Postbrücke über dem Hauptbahnhof vorgesehen sind.

Es gibt einen Aufwuchs bei den Planstellen im Bereich Klimaschutz, den der Baudezernent zugesagt hat.

Und es kommt die Erweiterung der Hundeauslaufplätze in unserer Stadt. Gerade in Zeiten wie diesen eine Möglichkeit mehr, sich an der frischen Luft gesund zu bewegen.

Sie sehen also, es gibt auch viele Gründe für diesen Haushalt zu stimmen.

Unsere Fraktion hat lange und leidenschaftlich beraten und ist zum Ergebnis gekommen, diesem Haushaltsentwurf dennoch zuzustimmen.

Lassen Sie mich zum Schluss wieder auf den Anfang zurückkommen.

Der Jahreswechsel wird sicher eine schwere Zeit, ganz zu schweigen vom Januar. Aber das Jahr 2021 kann nur besser werden. Mit den hoffentlich in Kürze beginnenden Impfungen in der Walzmühle beginnt für uns die Hoffnung auf eine Rückkehr in ein normales Leben, wie vor der Pandemie, vielleicht sogar gestärkter, bewusster und solidarischer.

Wir freuen uns in 2021 auf das Stadtfest, das Filmfestival, das Straßentheaterfestival, viele sportliche Ereignisse und die vielen Feste in den Stadtteilen.

Das Grüne Forum und Piraten wünscht sich, dass wir in den verbleibenden Monaten weiterhin diszipliniert und verantwortungsvoll miteinander umgehen, um uns alle zu schützen.

Bleiben Sie gesund!

Haushaltsrede 2020 des Vorsitzenden der FDP-Stadtratsfraktion
Dr. Thomas Schell

Sperrfrist 14.12.2020, 15.00 Uhr

HH-Rede Doppelhaushalt 2021/2022

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Herr Kämmerer Schwarz,

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Gäste der Stadtratssitzung,

1)

Der vorgelegte Doppelhaushalt 2021/2022 ist hoch toxisch. Er verstößt gegen das Gebot der sozialen Gerechtigkeit und er verstößt gegen Recht und Gesetz. Die Verfügung der ADD vom 30.07.2020 bringt es insofern auf den Punkt. Wörtlich heißt es in vorbenannter Verfügung:

- a) Der Haushalt der Stadt Ludwigshafen am Rhein ist durch ein erhebliches strukturelles Defizit im Bereich der sozialen Sicherung in Höhe von rund € 116.158.270,00 gekennzeichnet.
- b) Sowohl der Ergebnis- als auch der Finanzhaushalt der Stadt Ludwigshafen am Rhein verstoßen in allen Planungsjahren (2019-2022) gegen das Haushaltsausgleichsgebot, das als das tragende Prinzip der kommunalen Haushaltswirtschaft angesehen werden kann.

- c) Bezogen auf den Zeitraum vom 01.01.2009 bis 31.12.2020 beläuft sich der Ressourcenverbrauch (Abbau des Eigenkapitals) der Stadt Ludwigshafen am Rhein unter Verstoß gegen das Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit auf rd. 838,7 € Mio.
- d) Nach ihrer Eigenkapitalentwicklung droht der Stadt Ludwigshafen am Rhein die Überschuldung gem. § 93 Abs. 6 GemO, wenngleich diese derzeit nicht gegeben ist.

Letztlich stellt die ADD fest, dass die Haushalts- und Finanzplanung der Stadt Ludwigshafen am Rhein damit weiterhin nicht im Einklang mit den Grundsätzen einer geordneten Haushaltswirtschaft steht.

2)

Obgleich die Steuereinnahmen noch in jüngster Zeit sprudelten, sind die vorgelegten Zahlen ernüchternd:

Betrag die Liquiditätsverschuldung im Jahre 1995 noch ca. € 90 Mio, wird sie 2022 € 995 Mio. betragen.

Betrag das Eigenkapital im Jahre 2009 noch € 1.082,8 Mio, wird es 2022 nur noch € 137 Mio. betragen. Der Eigenkapitalverzehr beträgt in vorgenanntem Zeitraum sage und schreibe 90 %!

Der Schuldenstand wird unter Berücksichtigung der Investitions- und Liquiditätskredite im Jahre 2022 ca. € 1,6 Milliarden betragen.

Die Pro – Kopf-Verschuldung eines jeden Bürgers steigt stetig in dramatischer Weise!

3.)

Was wollen also die vorliegenden Zahlen dem Rat unserer Stadt, den Bürgerinnen und Bürger sagen:

Recht und Gesetz sind nichts mehr wert. Obgleich die ADD messerscharf erkennt, dass dieser Haushalt rechtswidrig ist, wird er dennoch genehmigt.

Obgleich das Land Rheinland-Pfalz verfassungsrechtlich an das Konnexitätsgebot gebunden ist, wird täglich gegen unsere rheinland-pfälzische Verfassung verstoßen.

Obgleich im Grundgesetz die Selbstverwaltungsfreiheit garantiert wird, werden von der ADD die freiwilligen Leistungen (ohne ÖPNV) auf 7 %, mithin auf ca. € 46 Millionen gedeckelt.

Obgleich der Schuldenberg rasant steigt, wissen weder der Kämmerer noch der Rat unserer Stadt, wie dieser Schuldenberg je abgetragen könnte. Wenn wir es nicht wissen, wie könnten wir erwarten, dass es die kommende Generation weiß? Ist es sozial gerecht, immer höhere Schulden zu machen, um der kommenden Generationen jegliche Handlungsspielräume zu nehmen?

4.)

Die Liberalen meinen: Nein – ganz und gar nicht! Umso verwunderlicher ist es, dass sich die Politik auf Landes- und Bundesebene zu diesen dramatischen Verhältnissen völlig ausschweigt.

Aktuell wird diese Thematik höchstrichterlich beim rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichtshof geprüft. Das Gericht hat bereits angedeutet, dass ein Verfassungsverstoß be-

stehen könnte.

5.)

Deshalb fordert die FDP in Ludwigshafen am Rhein, die Selbstverwaltungsfreiheit zu verteidigen. Nach wie vor erachten wir es als den falschen Weg, sich auf die Zusage der Landesregierung zu verlassen, sich an den Ausgang der zuvor geschilderten Verfassungsrechtstreitigen halten zu wollen – denn der rheinland-pfälzische Verfassungsgerichtshof hatte bereits anlässlich einer Verfassungsklage des Landkreises Neuwied festgestellt, dass die damalige Landesregierung gegen das Konnexitätsgebot verstößt. Trotz des Urteils sah und sieht sich aber das Land Rheinland-Pfalz nicht in der Pflicht, die drohende Überschuldung abzuwenden. Aus Sicht der FDP-Ludwigshafen am Rhein ist es daher zwingend geboten, Klage gegen das Land zu erheben, um die nahende haushalterische Katastrophe zu verhindern und die über Jahrzehnte angehäuften strukturellen Defizite auszugleichen. Das Land muss endlich verpflichtet werden, die über Jahrzehnte angehäuften strukturellen Defizite auszugleichen und unsere Stadt mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten. Weiter fordern wir, endlich anzuerkennen, dass der öffentliche Personen- und Nahverkehr ebenso wie die Bereiche Kultur und Sport nicht nur als freiwillige Aufgabe, sondern als Pflichtaufgabe angesehen werden, weshalb wir auch hier meinen, das Land stärker in die Pflicht nehmen zu müssen – und was für das Land Rheinland-Pfalz gilt, gilt selbstverständlich auch auf Bundesebene.

6.)

Besorgt habe ich als Fraktionsvorsitzender anlässlich der Haushaltsrede zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Einnahmeseite durch Erhöhung von Realsteuern, insbesondere der Grundsteuer gestärkt werden soll. Aus Sicht der Liberalen wird eine solche Steu-

ererhöhung nicht dazu beitragen können, unseren Haushalt nachhaltig zu entlasten, insbesondere die Jahresfehlbeträge im Ergebnishaushalt von ca. € 88 Mio. für das Jahr 2021 und ca. € 120,5 Mio. für das Jahre 2022 auszugleichen. Selbst der Kommunale Entschuldungsfonds konnte den stetigen Abwärtstrend nicht verhindern. Kommt hinzu: Die Steuer- und Sozialabgabenlast unserer Bürger ist beträchtlich. Im Ranking der EU belegen wir nach Belgien jedenfalls Platz 2. Die durchschnittliche Last, die jeder Single in Bezug auf Steuern und Sozialabgaben tragen muss, beträgt 49,4 % und Familien mit zwei Kindern sind mit durchschnittlich 34,3 % belastet.

Wir Liberalen halten es daher nicht für sozial gerecht, weitere Belastungen in Form von einer Grundsteuererhöhung einzuführen, um dann aber das Postulat erheben zu wollen, unseren Bürgern es ermöglichen zu wollen, Wohneigentum zu erwerben. Wer deshalb die Erhöhung der Grundsteuern fordert, konterkariert dieses Postulat – ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Weiter mit Sorge mussten die Liberalen anlässlich der Haushaltsrede des Kämmerers zur Kenntnis nehmen, dass die Personalkosten von € 142 Mio. im Jahre 2013 auf € 224 Mio. im Jahre 2022 anwachsen werden.

Im Hinblick auf die dramatisch ansteigenden Personal- und Versorgungsaufwendungen nehmen die Freien Demokraten mit Befremden und Unverständnis zur Kenntnis, dass die von Frau Oberbürgermeisterin Dr. Lohse eingeführte „Neue Ressourcensteuerung“ bis heute „gestoppt“ ist. Hierbei möchte ich betonen, dass die Freien Demokraten die vorgenommenen Personalerhöhungen für Kindertagesstätten und für den kommunalen Vollzugsdienst begrüßen und gerade nicht kritisieren. Wir kritisieren aber, das Personal mit der schlichten Behauptung der angeblichen „Erforderlichkeit“ stetig zu erhöhen, ohne dass hierfür eine sachliche Erforderlichkeit nachgewiesen ist. Indes: Die Neue Ressourcensteuerung sollte dazu dienen, sich auf den bevorstehenden Demografiewandel einzurichten, Arbeitsprozesse zu optimieren und zu bündeln sowie Handlungsfelder zur Entlastung der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu eröffnen. Hierbei sollten die Handlungsfelder Demografie, Perso-

nalplanung, Digitalisierung und Organisation auf den Prüfstand gestellt werden. Die Wirtschaftsprüfer von PWC untersuchten zunächst diese Handlungsfelder im „bottom up-Verfahren“. Hiernach sollte im sog. „Top down-Verfahren“ die zuvorgewonnen Ergebnisse evaluiert werden, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlasten und die Personalorganisation zu straffen. Mit einer seriösen Antwort, ob die Mitarbeiterzahl ausreicht, zu hoch oder zu niedrig ist, kann nicht mehr gerechnet werden, da die sog. „Neue Ressourcensteuerung“ beim sog. „bottom up-Verfahren“ wohl beendet wurde. Damit kann aber niemand sachlich begründen, weshalb zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu eingestellt werden mussten, ob denn nun eine weitere Personalerhöhung angezeigt ist oder nicht. Weshalb sich die Stadt Ludwigshafen am Rhein mehr Bedienstete erlaubt, als unsere Landeshauptstadt Mainz, wird daher für unsere Bürgerinnen und Bürger weiterhin ein Rätsel bleiben, obwohl es der Stadtspitze gut anstünde, endlich belastbare Antworten – gerade im Hinblick auf das angesprochene haushalterische Ausgabenproblem - zu geben. Als Fazit kann daher festgehalten: Mit der Neuen Ressourcensteuerung wurde mehr inszeniert als in konkretes Verwaltungshandeln integriert wurde– eine PR mit gestiegenen Ausgaben!

7.)

Auch wenn wir in der sozialistischen Mangelwirtschaft angekommen sind, möchte ich klarstellen: Die Liberalen machen dem Kämmerer nicht den Vorwurf, er oder seine Vorgänger hätten pflichtwidrig diesen Mangel verursacht. Insofern erkennen wir Liberalen an, dass mit diesem Haushalt das noch Mögliche erreicht werden soll, unsere Infrakstruktur zu erhalten, um den Wirtschaftsstandort Ludwigshafen am Rhein nicht zu gefährden. Dennoch sind wir auf die Hilfe von Land und Bund angewiesen, die Großbauprojekte Hochstraße Süd und Hochstraße Nord zu realisieren, damit der Verkehrsinfarkt vermieden wird.

Wir Liberalen erkennen weiterhin an, dass weiter an der Sozialschularbeit festgehalten wird und Frau Prof. Reifenberg den Ausbau der Kitas unaufgeregt forciert, obgleich es sehr schwer für sie ist, ausreichend Personal zu rekurrieren. Trotz haushalterischen Mangels wird berücksichtigt, dass Kultur und Sport für unser Gemeinwesen lebenswichtig sind.

Letztlich bedanken wir uns bei unseren Bürgerinnen und Bürger sowie den Gewerbetreibenden, dass sie noch an unsere - haushalterisch gesehen - ausgeblutete Stadt glauben, werden doch allein die Gewerbetreibenden im Jahre 2012 € 135 Mio. und im Jahr 2022 € 146 Mio. an Gewerbesteuern zahlen. Bleibt letztlich für unseren Haushalt zu hoffen, dass die Zinsen nicht ansteigen werden, auch wenn damit die Privatvermögen, insbesondere die privaten Renten- und Lebensversicherungsvermögen unserer Bürgerinnen und Bürger „kalt enteignet“ werden.

Nach alledem lehnen wir den vorliegenden Doppelhaushalt ab, da er gegen Recht und Gesetz verstößt.

Danke!

Dr. Thomas Schell

Vorsitzender der FDP-Stadtratsfraktion

Haushaltsrede 2020 des Vorsitzenden der FWG-Stadtratsfraktion
Dr. Rainer Metz

Rede zur Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2021/2022

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
Sehr geehrte Damen und Herrn,

In den vergangen fast 20 Jahren hat sich die Finanzsituation unserer Stadt sehr negativ entwickelt. Für 2022 wird ein Schuldenstand von 1,6 Milliarden Euro erwartet. Dabei kann diese Schätzung die Risiken der Coronakrise nicht wirklich abbilden, hierzu fehlen schlicht die Modelle.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik brummte in den vergangenen Haushaltsjahren. Und doch steht diese Stadt seit Jahren finanziell mit dem Rücken zur Wand. Und dies hat in der Tat mit der Landespolitik zu tun.

Der ehemalige Finanzdezernent Zeiser hatte einst vorgerechnet: Wenn Ludwigshafen in Baden-Württemberg läge, wäre der Haushalt ausgeglichen.

Dazu passt, dass von den 20 meist verschuldeten Städten in Deutschland elf aus Rheinland-Pfalz kommen.

Wir haben ein strukturelles Problem. Wir leiden an der Politik der klebrigen Finger. Bundesmittel kommen in den Haushalten der Großstädte nicht an. Wo bleibt die längst überfällige Reform des kommunalen Mittelausgleichs in Rheinland-Pfalz? Ich frage Sie hier und heute: Was haben die Landespolitikerinnen und Landespolitiker in unseren Reihen für finanzielle Entlastung dieser Stadt im Land erreicht? Ich frage Sie Frau Simon, ich frage Herr Dr. Braun als Fraktionsvorsitzender einer der Regierungsparteien - Wo sind die Ergebnisse? Wo sind Ihre Konzepte?

Auf der einen Seite haftet das Land für unsere Schulden, auf der anderen Seite ist die Finanzausstattung katastrophal. Bald ist das gesamte Eigenkapital dieser einst reichen Stadt aufgezehrt. Was dann?

Zurzeit läuft ja die Klage vor dem Verfassungsgerichtshof der Stadt Pirmasens. Ziel ist eine gerechtere Finanzierung der Städte. Der Anwalt der Landesregierung sagte vor Gericht „er kenne kein besseres Modell als das derzeitige, um den Finanzfluss zwischen Stadt und Land zu regeln.“ Wir Freien Wähler sagen, wir kennen kein ungerechteres Modell zu diesem Zweck. Das Modell mag gut sein, allerdings nur für jene, welche im Speckgürtel der Großstädte leben. Und die größte Ungerechtigkeit ist, dass wir so eine offensichtlich falsche Einschätzung eines hochbezahlten Juristen auch noch mit Steuermitteln bezahlen müssen.

Selbst bei einem für Ludwigshafen positiven Gerichtsurteil ist nicht davon auszugehen, dass

sich die Lage bessert. Bereits 2012 musste das Land eine Niederlage vor Gericht einstecken, die Finanzierung wurde jedoch nicht auf eine neue bessere Grundlage gestellt.

Die bittere Wahrheit lautet, dass wir von dieser Landesregierung keine Hilfe erwarten können. Sie respektiert weder diese richterliche Entscheidung noch kommt sie ihrer sozialen Verantwortung im Sinne der Konnexität nach.

Bestes Beispiel, die Finanzierung unserer Kitas:

Insgesamt wurden bisher 173 Millionen ausgegeben, lediglich 16 Prozent, also 28 Millionen an Zuschüssen erhielt unsere Stadt. Bundes- und Landesregierung brüsteten sich mit der Einführung eines garantierten Kindergartenplatzes. Bezahlt wird aber mit Neuschulden der Stadt. Eine Hypothek zulasten unserer Jugend und Kinder. Ursprünglich war versprochen worden, dass Bund, Land und Kommune je ein Drittel bezahlen. Auch hier frage ich die Landespolitiker in unseren Reihen - zu dieser Misere?

Die hohe Schuldenlast hat sehr spürbare Auswirkungen auf das Leben in unserer Stadt. Wir im Stadtrat arbeiten über Fraktionsgrenzen vertrauensvoll und konstruktiv zusammen und bemühen uns um Lösungen. Doch faktisch bedeuten all unsere Entscheidungen: Neue Schulden für unsere Stadt.

Was bedeutet das im täglichen Leben unserer Mitbürger?

Gerade die Vereine und Kultureinrichtungen machen das Leben in unserer Stadt aus und sind unverzichtbar. Soll unsere Stadt lebenswert bleiben, müssen wir hier dringend Unterstützung geben. Solche Forderungen sind beileibe kein Luxus, - Hiervon lebt die Stadtgemeinschaft.

In der schwierigen Zeit der Pandemie erleben viele Menschen Einsamkeit und Isolation. Besonders wichtig für viele ist dabei das Leben mit einem Haustier. Hier gilt es zu unterstützen und dazu werden Mittel benötigt.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir Freien Wähler uns seit 20 Jahren für Hundenauslaufplätze einsetzen. Solche Freiflächen sind für ein geordnetes soziales Miteinander der Tiere und ihrer Besitzer dringend notwendig. Es liegen hierzu längst fertige Pläne in den Schubladen. Frau Oberbürgermeisterin Steinruck, Sie haben festgestellt, dass die Umsetzung in der Vergangenheit blockiert wurde. Wenn nicht jetzt, wann dann ist die Zeit für eine schnelle Umsetzung? Hierum bitten wir Sie inständig.

Nach den Erfahrungen in der Vergangenheit, wird die ADD den zusätzlichen Ausgaben im Bereich der freiwilligen Leistungen nicht zustimmen. Sicherlich spielt da auch der Landesrechnungshof eine Rolle, der versucht alle Ausgaben zu minimieren und Einnahmen zu erhöhen.

Dies haben wir ja bereits in der Vergangenheit erkennen müssen, als die beantragten Mittel, die jetzt erneut bereitgestellt werden sollen, nicht ausgezahlt werden konnten.

Für Sie Herr Schwarz werden dies als Kämmerer also wieder sehr schwierige Verhandlungen mit der ADD. Danach geht das dann erneut zu uns in den Stadtrat. Und wieder muss

dann entschieden werden, ob in einigen Bereichen gespart werden kann, nur um handlungsfähig zu werden. Wir halten dies für eine Zumutung für diese Stadt und sind sehr gespannt auf die Entscheidungen.

Gerade deshalb setzen wir uns für die Rechte des Stadtrates ein. Wir als Rat der Stadt haben uns gemeinsam erfolgreich gegen eine Erhöhung der Grundsteuer durchgesetzt. Diese Gemeinschaft in der Sache zeichnet uns aus. Fast alle vorliegenden Anträge der Fraktionen können nur durch Schulden finanziert werden. Der Druck auf die ADD muss daher möglichst hoch sein, deshalb bitten wir den Stadtrat einstimmig für diese Beschlüsse zu stimmen und auch wir werden dem Haushalt zustimmen.

Die ADD hat als Behörde bisher jeden Haushalt auch mit hohen Schulden genehmigt. Es gab lediglich Anweisungen die Höhe der freiwilligen Leistungen zu kürzen. Eine der Hauptursachen, nämlich das hohe soziale strukturelle Defizit von über 360 Millionen, interessiert die Behörde überhaupt nicht.

Dies verwundert nicht, da die ADD eine Behörde der Landesregierung ist. Wenn das Land uns nicht ausreichend mit Finanzmitteln ausstattet, muss es eben den entsprechenden Kreditrahmen mittragen. Daher muss der Druck auf die Landesregierung, den Hauptschuldigen unserer Finanzmisere, massiv erhöht werden. Insbesondere sind hier die Vertreter der Regierungsparteien in Mainz von SPD, Grüne und FDP gefordert. Angesichts der dramatischen Situation kann es hier keine Ausreden mehr geben, die Ludwigshafener Landtagsabgeordneten sind in der Pflicht!

I

ch möchte noch auf einige Punkte des Haushaltes konkret eingehen.

Der Umzug des Stadtarchives in die Rhenushalle verursacht dauerhaft über 800.000 Euro an jährlichen Kosten für Miete und Nebenkosten., beim Stadtmuseum belaufen sich diese Kosten nach vorläufiger Schätzung auf 418.530 €. Wir hätten gerne die Verlagerung des Archives und des Stadtmuseums in den Hauptbahnhof gesehen. Dies wäre eine Chance für eine Wiederbelebung des in die Jahre gekommenen Bahnhofes. Der teuerste Bau der Stadtgeschichte bleibt weitestgehend ungenutzt...

Auch noch eine Anmerkung zur Bäderfrage:

Nachdem die Personalkosten in den neuen Haushaltsentwürfen jetzt korrekt zugeordnet werden, beläuft sich der Zuschuss für das Hallenbad Süd und das kleine Schulschwimmbad in Oggersheim, das der Allgemeinheit nur an 21 Stunden in der Woche und damit nicht einmal halb so lange wie das Südbad zur Verfügung steht, auf über 1,7 Millionen Euro, beim Freibad am Willersinn steigt der Fehlbetrag auf über 738.000 Euro. Der Gesamtzuschuss beträgt über 2,5 Millionen Euro. Es gab in der Vergangenheit schon viele Versuche die Finanzsituation zu verbessern. So wurde auch eine Benchmark-Studie, mit dem Ziel die finanziellen Strukturen zu vergleichen, in Auftrag gegeben. Der Rhein-Pfalz-Kreis betreibt vier Bäder, alle mit Sauna und drei davon sogar als Kombibäder. Kein einziges Bad verursacht solch hohe Kosten wie die Hallenbäder in Ludwigshafen. Wird das durchschnittliche Jahr 2022 verglichen, verursachen die vier Kreisbäder Zuschüsse von über 3,33 Millionen. Für etwa 800.000 mehr gibt es dort vier Bäder mit einem tollen Angebot. Ich stelle eindeutig fest, dies liegt nicht am Bäderpersonal, dass sehr gute Arbeit leistet, sondern in der Struktur unserer Bäder. In der Vergangenheit wurden hier von der Politik die Weichen vollkommen falsch

gestellt.

Ein großes Risiko für den Haushalt sehen wir beim fehlenden Personal. Im Kindergartenbereich fehlen zur Zeit 40 Erzieher/innen. Wir wollen in den nächsten beiden Jahren 39,5 Millionen Euro in den Bau neuer Kindertagestätten investieren. Ohne Personal sind diese nicht zu betreiben, obwohl es dringend notwendig ist. Hier ist eine aktive Personalrekrutierung erforderlich.

Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Baudezernat. Die Folge war, dass in der Vergangenheit sowohl Schul- und Kitasanierungen und Neubauten als auch die Baumpflanzungen nicht ausgeführt werden konnten. Wir erwarten, dass durch die jetzt erfolgte Schaffung neuer Strukturen zeitnah mehr Projekte umgesetzt werden.

In dieser Legislaturperiode hat sich das Verhältnis im Stadtrat sehr positiv verändert. Wir reden miteinander und nicht nur übereinander. Wir Freien Wähler begrüßen dies und hoffen auf eine weitere gute und konstruktive Zusammenarbeit im Interesse unserer Stadt. In diesem Sinne bedanken wir uns auch für die gute Zusammenarbeit mit dem Stadtvorstand und der Verwaltung.

Haushaltsrede 2020/2021

Fraktionsvorsitzender Linksfraktion Ludwigshafen

Dr. Liborio Ciccarello

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Ludwigshafener Mitbürgerinnen und Mitbürger,
verehrte Frau Oberbürgermeisterin Steinruck,
werter Stadtvorstand,
liebe Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen,

gute Politik fängt bei den Kindern an, denn wo sonst sollte sie anfangen?

Jungen Familien in Ludwigshafen bereitet die Suche nach einem **Kindergartenplatz** für ihre Kinder oftmals großes Kopfzerbrechen, denn jedes vierte Kind in Ludwigshafen bekommt hier keinen Kindergartenplatz, obwohl es hierauf einen Rechtsanspruch hat.¹

Warum ist das so? Es ist so, weil an den Ludwigshafener Kindergärten das nötige Personal fehlt.²

Dieses Problem ist nicht neu. Bereits in meiner vorletzten Haushaltsrede 2016 habe ich auf dieses Problem hingewiesen. Doch seitdem hat die Kindertagesituation statt sich zu verbessern, noch mehr verschärft: Denn hatte damals jedes fünfte Kind keinen Kindergartenplatz, hat heute – wie gesagt – jedes vierte keinen.³

Die Linksfraktion Ludwigshafen plädiert daher dafür, dass dieser Missstand durch vermehrte Ausbildung und Einstellung von Erzieherinnen und Erziehern schleunigst behoben wird.

¹ Vgl. Stadt Ludwigshafen (2019): Kindertagesstättenbericht 2018/2019. *Informationen zur Stadtentwicklung*, 6.

² Vgl. ebd.

Gute Politik fängt bei den Kindern an: Deshalb hat sich die Linksfraktion Ludwigshafen stets für die Verbesserung der **Bildungschancen** speziell der Grundschul Kinder eingesetzt. Leider liegt Ludwigshafen, was Bildungsqualität anbelangt, mit 15 % Schulabbrechern im rheinland-pfälzischen Vergleich ganz hinten.⁴

Das wird nicht ohne Folgen bleiben, denn wer heute keinen Schulabschluss hat, bleibt ohne Ausbildungsplatz, und ohne Ausbildung bekommt man keine Arbeit. Hier hilft weder wegschauen noch schönreden etwas, vielmehr muss hier mit allen Mitteln gegengesteuert werden.

Gute Politik berücksichtigt auch die Interessen der Jugendlichen. Daher fordert die Linksfraktion Ludwigshafen die Wiedereröffnung des ehemaligen *Haus der Jugend* als zentraler städtischer **Jugendtreffpunkt**, wie es ihn einst gab. Ein *Haus der Jugend*, wie es einst existierte, wäre für die heutige Jugend in Ludwigshafen wichtiger denn je. Ein *Haus der Jugend* würde nicht nur als Treffpunkt für Jugendliche dienen, vielmehr als Begegnungsstätte der gegenseitigen Bereicherung zur positiven Entwicklung der Jugendlichen beitragen.

Zusätzlich würde hierdurch auch ein wichtiger integrationspolitischer Beitrag geleistet werden, denn wir wissen, dass Kontakt miteinander verschweißt: Es würde Jugendliche – egal welche Schule sie besuchen und egal aus welchem Land ihre Eltern stammen – nicht nur näher- sondern auch weiterbringen.

Aus genau diesem Grunde, weil Kontakt durch den Abbau von Vorurteilen den Zusammenhalt von Menschen stärkt, was die Vorurteilsforschung bereits vor Jahrzehnten gezeigt hat, hat sich die Linksfraktion Ludwigshafen stets für die fixe Sozialquote im Wohnungsbau ausgesprochen und nie mit der flexiblen Sozialquote begnügt.

Die flexible Sozialquote vermag zwar günstigen Wohnraum zu schaffen, aber nicht unbedingt zur **sozialen Durchmischung** der Bevölkerung beitragen. Eine flexible Sozialquote von 25 %, wie sie in Ludwigshafen seit 2019 gilt, kann folglich erzielt werden, auch wenn bei man-

³ Vgl. Stadt Ludwigshafen (2016): Kindertagesstättenbericht 2015/2016. *Informationen zur Stadtentwicklung*, 4.

⁴ Vgl. *Bildungschancen-Studie 2019*. Zugriff am 12.12.2020 <https://www.caritas.de/bildungschancen>.

chen Bauvorhaben gar keine Sozialquote realisiert wird, nämlich wenn im Gegenzug sie bei anderen Bauvorhaben extrem hoch angesetzt wird. In diesem Falle hat man zwar günstigen Wohnraum geschaffen, aber nichts für die soziale Durchmischung getan.

Genau dies aber scheint sich in Ludwigshafen leider anzubahnen, wenn man sich die neueren Bauvorhaben in Ludwigshafen Süd anschaut, für die keinerlei Sozialquote vorgesehen ist. Daher stellt für die soziale Durchmischung die fixe Sozialquote in der Tat das geeignetere Instrument dar.

Die soziale Durchmischung ist übrigens nicht nur integrationspolitisch, sondern auch bildungssoziologisch von äußerst wichtiger Bedeutung: Denn wo ein Kind aufwächst und mit wem es spielt, bestimmt maßgeblich, ob es den Hauptschulabschluss, die mittlere Reife oder das Abitur macht.

Aus Gründen der sozialen Durchmischung, und nicht nur aus diesen Gründen, ist die Linksfraktion für die sofortige Abschaffung der städtischen **Einweisungsgebiete** in der Bayreuther- und in der Kropfburgstraße. Wer dort wohnen muss, lebt unter äußerst unmenschlichen Wohnbedingungen. Daher ist die Linksfraktion Ludwigshafen für die sofortige Abschaffung dieser Einweisungsgebiete und für eine dezentrale Unterbringung ihrer Bewohner im gesamten Ludwigshafener Stadtgebiet.

Wer wiederum die Auffassung des GAG-Chefs vertritt, dass diese Menschen dort bleiben müssten, wenn sie woanders nicht passen,⁵ dem sei mit einem Zitat von Epiktet geantwortet, der sagte: „Es sind nicht die Dinge oder Ereignisse an sich, die uns beunruhigen, sondern die Einstellungen und Meinungen, die wir zu den Dingen haben.“ Nur weil manche Menschen bestimmte Vorurteile und Vorbehalte hegen und pflegen, sollten andere nicht deswegen leiden müssen.

Daher fordert die Linksfraktion Ludwigshafen die sofortige Abschaffung der Einweisungsgebiete und die dezentrale Unterbringung Ludwigshafener Mitbürger ohne Obdach. Das aktuelle Sozialkonzept für die städtischen Einweisungsgebiete stellt nur einen Anfang dar, aber mit ungewissem Ende, so dass es deshalb von der Linksfraktion Ludwigshafen als unzureichend

betrachtet wird.

Die Linksfraktion Ludwigshafen wertet es auch als herzlos ein, wenn die Stadt in der aktuellen Winterzeit Obdachlosenlager räumen lässt um des Stadtbildes wegen, im Gegenzug aber keinen alternativen Schutzraum zur Verfügung stellt.⁶ Die Linksfraktion Ludwigshafen fordert daher, dass in der aktuellen Winterzeit Ludwigshafen ihre Obdachlosen in Hotels und Pensionen unterbringt, statt auf der Straße zu lassen. An dieser Stelle sei an Gustav Heinemanns Worte erinnert, der mal sagte: „Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den Schwächsten ihrer Glieder verfährt.“

Daher gilt es in der aktuellen Corona-Pandemie auch darum, dass wir uns in besonderem Maße um unsere älteren Mitbürger, vor allem um die Bewohner von Altenheimen kümmern. Diesbezüglich sollte **Corona-Prävention** besonders großgeschrieben werden: Im Zusammenhang mit Altenheimen fordern wir mehr Schnelltests und kostenlose FFP-2-Masken für alle Altenheim-Bewohner und alle Altenheim-Beschäftigte, so wie das in Tübingen erfolgreich praktiziert wird. Zudem halten wir unsere Forderung weiterhin aufrecht, sämtliche Schulklassen mit Luftreinigern auszustatten. Die Grundrichtung der Stadt bei der Corona-Bekämpfung stimmt, durch mehr Präventionsmaßnahmen nach dem Tübinger Modell könnte man sie aber zusätzlich optimieren.

Gute Stadtpolitik orientiert sich an der Stadtgesellschaft. Daher ist das Instrument der **Bürgerbeteiligung** so wichtig. Es gilt, die Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, mitzunehmen und mitentscheiden zu lassen.

Unsere Ortsbeiräte können hierbei auch als Formen der Bürgerbeteiligung betrachtet werden. Daher sollten Entscheidungen unserer Ortsbeiräte respektiert statt unter den Teppich gekehrt werden. Der Fall „Im Kappes“ indes ist ein trauriges und aktuelles Beispiel hierfür: Obwohl sich der Ortsbeirat Rheingönheim mehrheitlich gegen ein Neubaugebiet „Im Kappes“ ausgesprochen hatte, haben SPD und FDP im Bauausschuss versucht, diese Entscheidung

⁵ Vgl. Sambale, R. (2020, 18. August). Zurück in die eigenen vier Wände. *Die Rheinpfalz. Ludwigshafener Rundschau*, S. 1.

umzudrehen. Bürgerbeteiligung sollte anders aussehen.

Bürgerbeteiligung nimmt die Mitbürger mit durch Einholung ihrer Meinung. Warum daher nicht die Bürgerschaft befragen, wie sie denkt, wie man die Müllprobleme mancherorts in Ludwigshafen lösen könnte, statt hier starrsinnig mit Videoüberwachung und Strafverfolgung vorzugehen? Diese Maßnahmen setzt man ein, wenn man nicht mehr an die Bürgerschaft glaubt: Bürgerbeteiligung aber kann sich nicht aus solch einem Geiste speisen.

Eine äußerst partizipative Form der Bürgerbeteiligung stellt wiederum der Bürgerhaushalt dar. Ein Bürgerhaushalt wie es ihn bereits in vielen deutschen Städten gibt, würde auch Ludwigshafen gutstehen und guttun. Denn überall dort, wo die Bürgerinnen und Bürger über ihre Anliegen selbst entscheiden, treffen sie auch gute Entscheidungen.

Apropos Bürgerbeteiligung: Während unsere ehemalige Oberbürgermeisterin im Zusammenhang mit der Hochstraße Nord versucht hat, die Bürgerschaft im Entscheidungsprozess miteinzubeziehen, ist im Zusammenhang mit dem Neubau der **Hochstraße Süd** nichts dergleichen passiert. Hier ist mir nichts dir nichts über Nacht der Abriss und 1:1-Nachbau der Hochstraße Süd beschlossen worden. Der Abriss war notwendig, das ist gar keine Frage. Aber wieso ausgerechnet ein 1:1-Nachbau? Wieso hat man hier die Bürgerschaft nicht gefragt, was sie will, bevor man das beschlossen hat? Wenn nicht bei solch wichtigen Entscheidung, wann dann?

Alternativlos ist hier die Sache nämlich keineswegs gewesen: Die Linksfraktion Ludwigshafen beispielsweise plädiert weiterhin für keinen Neubau der Hochstraße Süd. Würde man die Hochstraße Süd nicht mehr wieder bauen, würde die Stadt mindestens 100 Millionen Euro sparen. Geld, das man in den nötigen Ausbau des ÖPNV investieren könnte.

Hierdurch würde man vor allem dem Klimawandel etwas Substantielles entgegensetzen. Die ausgeführte Maßnahme mag etwas radikal anmuten, ist aber absolut richtig in unserer jetzigen Situation, weil sie dem motorisierten Individualverkehr entgegenwirkt, aber gleichzeitig den ÖPNV fördert. Wir müssen mit unserer Autofreundlichkeit brechen, möchten wir nicht,

⁶ Vgl. *Städte regeln Obdachlosen-Winterhilfe* unterschiedlich. Zugriff am 12.12.2020
<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/obdachlose-rheinland-pfalz-corona-100.html>

dass sie eines Tages uns das Genick bricht.

Hinsichtlich des ÖPNV fordert die Linksfraktion Ludwigshafen einen **ÖPNV zum Nulltarif**, den es mittlerweile in über 150 Städten weltweit gibt. Vor zwei Jahren waren es übrigens noch 75. Dies würde bedeuten: Weniger Auto und mehr Lebensqualität. Und dies würde einen wichtigen Schritt in Richtung ökologische Wende darstellen, um die wir nicht mehr herkommen, wollen wir weiter existieren.

Klar würde das was kosten, wobei man hier den Kosten auch massive Einsparungen gegenüberstellen müsste: Die Instandhaltung des Straßennetzes würde weitgehend wegfallen, aber auch unser Gesundheitssystem würde hierdurch entlastet werden, aufgrund weniger krankmachender Abgase und weniger stressinduzierenden Lärms beispielsweise.

Wie auch immer: Sollten wir aus der aktuellen Pandemiekrise nicht gelernt haben, nicht an der falschen Stelle zu sparen? Jeder heute richtig in unsere Umwelt investierte Euro wird uns in nicht allzu weiter Zukunft ein Vielfaches an Geld und Sorgen ersparen.

Sind wir aber nicht zum Sparen verdammt bei den Schulden, die Ludwigshafen hat? Aktuell liegen die Kassenschulden Ludwigshafens bei einer dreiviertel Milliarde Euro, was heruntergebrochen auf ihre Einwohner einer Pro-Kopf-Verschuldung von ungefähr 4400 € entspricht und womit Ludwigshafen den 8. Platz der am höchsten verschuldeten deutschen Kommunen einnimmt.⁷ Wie kam es eigentlich zu dieser exorbitant hohen Verschuldung?

Ihren Lauf genommen hat die Chose mit der rot-grünen Regierung Schröder 1998. Die Steuergeschenke der rot-grünen Regierung Schröder leerten langsam aber unaufhaltsam die Kassen der Länder und Kommunen.⁸

Doch das erklärt nicht alles, denn im bundesweiten Vergleich steht insbesondere Rheinland-Pfalz mit sieben der zehn am höchsten verschuldeten Kommunen Deutschlands ganz

⁷ Vgl. Boettcher, F., Freier, R., Geißler, R. Schubert, M. & Stollhoff, R. (2019). *Kommunaler Finanzreport 2019*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

⁸ Scholz, B. (2012). *Auswirkung der Steuerpolitik des Bundes auf die Landes- und Kommunalverschuldung in NRW: Wie hätten sich die Schulden ohne Steuerrechtsänderungen und bei Wiedererhebung der Vermögenssteuer alternativ entwickelt?* Unveröffentlichte Kurzstudie, Düsseldorf.

schlecht dar.⁹

Warum ist das so? Warum kommen sieben der zehn am höchsten verschuldeten Kommunen Deutschlands ausgerechnet aus Rheinland-Pfalz? Das hat schlicht und ergreifend mit dem in Rheinland-Pfalz praktizierten **kommunalen Finanzausgleich** zu tun, der in mehrfacher Hinsicht unzulänglich ist.

Rheinland-Pfalz hat zwar im letzten Jahr rund 21 % seiner Steuereinnahmen an die Kommunen weitergegeben, allerdings liegt Rheinland-Pfalz hiermit – und das übrigens seit Jahren – 10 % unter dem Bundesdurchschnitt.¹⁰

Hinzu kommt, dass sich die Zuweisungen des Landes vornehmlich an den kommunalen Einnahmen und weniger an den Ausgaben orientieren. Folglich geht hier die Stadt Ludwigshafen trotz ihrer hohen Sozialausgaben relativ leer aus, weil diese kaum zu Buche schlagen. Was wir also brauchen, ist ein bedarfsorientierter kommunaler Finanzausgleich, so wie er in vorbildlicher Weise in Thüringen praktiziert wird.

Solange wir aber in Rheinland-Pfalz keinen bedarfsorientierten kommunalen Finanzausgleich wie in Thüringen haben, muss die Stadt Ludwigshafen hier selbst Hand anlegen. Daher schlägt die Linksfraktion Ludwigshafen vor, um uns etwas Spielraum bei den freiwilligen Ausgaben zu verschaffen, den **Gewerbsteuerhebesatz** von aktuell 425 auf 445 Punkte zu erhöhen. Übrigens kann der geforderte Hebesatz vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl Ludwigshafens durchaus als angemessen betrachtet werden.

Wer wiederum an dieser Stelle befürchtet, dass dies die BASF zu hart treffen könnte, den möchte ich daran erinnern, dass die BASF in der letzten Dekade fast 1 Milliarde Euro am Fiskus vorbeigeschleust hat.¹¹ Man könnte es hier gar als Aufgabe der Stadt betrachten, durch entsprechende Steuern – im hiesigen Fall der Gewerbesteuer – dem entgegenzusteuern.

⁹ Vgl. ebd.

¹⁰ J. Berres [Präsident des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz] (mündl. Mitteilung, 11.11.2020).

¹¹ Vgl. Auerbach, M. (2016). *Toxic Tax Deals*. Zugriff am 12.12.2020 <https://www.greens-efa.eu/legacy/fileadmin/dam/Documents/Studies/Taxation/ToxicTaxDealsVF2.pdf>

Mit dem eingebrachten Doppelhaushaltsplan 2021/2022 wird die Stadt Ludwigshafen in eine Richtung steuern, die nicht die Richtung ist, die die Linksfraktion Ludwigshafen anpeilt. Daher wird die Linksfraktion Ludwigshafen diesem Haushaltsplan nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Bleiben Sie gesund.

Dr. Liborio Ciccarello

Fraktionsvorsitzender

Linksfraktion Ludwigshafen